



Spuren
jüdischen Lebens
in Stendal

© Dezember 2020, Herz statt Hetze Stendal, SJD – Die Falken

Herausgeber: Herz statt Hetze Stendal, info@herz-statt-hetze-stendal.de

SJD – Die Falken Landesverband Sachsen-Anhalt, Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg, info@falken-isa.de

Autoren: Beuchel, Jacob; Dr. Creutzburg, Reinhard; Gohsrich, Sylvia; Knauerhase, Dorothea; Dr. Eichenberg, Tobias; Opitz, Reinhard

Umschlaggestaltung, Illustration: Druckmanufaktur Hartmut Holz e.K.

Lektorat, Korrektorat: Jacob Beuchel, Reinhard Opitz

weitere Mitwirkende: Redaktionskonferenz „Spuren jüdischen Lebens in Stendal“, Aud Merkel
Druck

Gestaltung und Herstellung: Druckmanufaktur Hartmut Holz e.K.

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und der Autoren unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung. Die Broschüre wurde im Rahmen des Projekts „Geschichtswerkstatt Jüdisches Leben“ mit Mitteln der Partnerschaft für Demokratie der Hansestadt Stendal, des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Land Sachsen-Anhalt gefördert.



Abbildung Frontcover: Schild des Anwaltsbüros Dr. Julius Charig, Karlstraße 2, 23.8.2020, mit freundlicher Genehmigung von Juna Grossmann

Spuren
jüdischen Lebens
in Stendal

Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit	2
Spuren jüdischen Lebens in Stendal vom 13. Jh bis 1942	3
Der jüdische Friedhof in Stendal	
Arisierung – die Verdrängung der Stendaler Juden und Jüdinnen aus dem Wirtschaftsleben und die Zerstörung ihrer Existenzgrundlage	6
Familie Edel und Pauline Kraskin, geb. Schröder – Frommhagenstraße 16/46	9
Familie Boris und Gertrud Wolfowicz, geb. Lange – Nicolaistraße 23/79	11
Ehepaar Dr. Julius und Ilse Charig, geb. Mosheim – Karlstraße 2/Grabenstraße 41	13
Mathilde, Jacob und Wolfgang Dänemark	15
Alfred Simonsohn – Breite Straße 7	
Quellen	

Zum Geleit

Michael Wuliger schreibt in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 10. Juni 2014: „Ein Toter ist eine Tragödie; 1000 Tote sind eine Statistik.“ Das Zitat wird Josef Stalin zugeschrieben und ist ebenso zynisch wie zutreffend. Die menschliche Psyche vermag mit Einzelnen mitzufühlen und mitzuleiden. Bei Massen von Menschen, so schrecklich deren Schicksal auch sein mag, versagt die Empathie.

Das trifft auch für die Shoah¹ zu. Sechs Millionen Ermordete sind eine emotional nicht fassbare Abstraktion. Es ist eine Zahl, die die meisten im Kopf präsent haben wie andere historische Daten auch, nicht mehr. Was die Vernichtung der europäischen Juden an Barbarei bedeutete, erschließt sich erst, wenn individuelle Schicksale sichtbar werden.“

Richard von Weizsäcker formulierte in seiner Rede am 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus:

„Gewiss, es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte. Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger.

Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mussten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zu offenem Hass.

Wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, der unaufhörlichen Schändung der menschlichen Würde? Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten. Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren

Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Das lebendige und reichhaltige jüdische Leben endete in Stendal nach 645 Jahren im Jahre 1942 mit der Deportation der letzten in Stendal lebenden Jüdinnen und Juden. Einstmals angesehene Nachbarn, Bekannte, Schulfreunde, Rechtsanwälte oder Inhaber vom kleinen Laden nebenan wurden auf ihr „Jüdischsein“ reduziert, diskriminiert, enteignet und ermordet.

Um die Erinnerung an diese Stendaler Bürgerinnen und Bürger wachzuhalten, haben das basisdemokratische Bündnis „Herz statt Hetze Stendal“ und die SJD „Die Falken“ es sich zur Aufgabe gemacht, vorhandene Recherchen, Materialien und Berichte zusammenzufassen, mit neuen Erkenntnissen zu ergänzen und mit dieser Broschüre erstmals einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Persönliche Schicksale und Familiengeschichten sollten sichtbar werden, jene in unmittelbarer Nachbarschaft lebenden und später ausgegrenzten Jüdinnen und Juden ein Gesicht bekommen. Langfristiges Ziel ist dabei auch die Beantragung einer Verlegung weiterer Stolpersteine. Bisher wird in Stendal mit Stolpersteinen an Ilse Charig, geb. Mosheim, Dr. Julius Charig, Alfred Simonsohn, Auguste Cohn, geb. Schloss, und Richard Cohn erinnert.

Bei der Erarbeitung der vorliegenden Broschüre konnte auf private Sammlungen, persönliche Berichte, individuelle Recherchen und im Stadtarchiv Stendal gesammelte Materialien zurückgegriffen werden. Wir danken allen lokalen Unterstützern wie Holger Huth mit seinen umfangreichen Vorre-

cherchen, dem Team des Stendaler Stadtarchivs, Gerhard Lotsch mit seiner privaten Sammlung sowie Thomas Richter-Mendau für zahlreiche Recherchen und Materialien. Wir danken den Mitgliedern der Recherchegruppe „50 Jahre Reichspogromnacht“, u.a. Pfarrer i.R. Dr. Reinhard Creutzburg, Pfarrer Dr. Tobias Eichenberg und Pfarrer i.R. Karlheinz Schroedter sowie dem Journalisten Reinhard Opitz für jahrelanges Sammeln und Erinnern. Wir danken der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg K.d.ö.R., dem Recherchezentrum Yad Vashem, Jerusalem, dem United States Holocaust Memorial Museum in Washington und Juna Grossmann für fachliche Einordnungen, Hilfestellungen und Korrekturen. Und wir danken der Partnerschaft für Demokratie der Hansestadt Stendal und dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ für die Unterstützung.

Den Autoren ist bei der Verwendung der Begriffe „Jüdinnen“ und „Juden“ bewusst, dass diese Zuschreibungen von Nicht-Juden sind. Von den

Stendalern, die als Jüdinnen und Juden verfolgt wurden, ist uns nicht bekannt, wie sie sich selber zugeordnet haben, ob und in welcher Art sie in die jüdische Tradition und Religion eingebunden waren.

Weder erheben die Herausgeber den Anspruch der Vollständigkeit, noch einer wissenschaftlich fundierten Geschichtsschreibung. Vielmehr wollen sie mit der Spurensuche dieser ersten Ausgabe und mit weiteren in Folge einen lebendigen Diskurs anschieben über jüdisches Leben vor dem, im und nach dem Nationalsozialismus, über die Auseinandersetzung mit Täterschaft und Mitwisserschaft, über Erinnerungs- und Gedenkkultur und über Verantwortung für ein respektvolles Miteinander in Gegenwart und Zukunft.

*„Herz statt Hetze Stendal“ und SJD „Die Falken“,
Stendal 2020*

Spuren jüdischen Lebens in Stendal

vom 13. Jahrhundert bis 1942

Von Jacob Beuchel

Mindestens 700 Jahre lang waren Jüdinnen und Juden ein fester Bestandteil der Stadtgesellschaft Stendals. Mit der Christianisierung und Begründung der Mark Brandenburg ließen sich vermutlich auch die ersten jüdischen Siedler zwischen Mitte des 11. und Mitte des 13. Jahrhunderts nieder. Nachgewiesen ist dies nicht.² Die ersten Erwähnungen in der Mark Brandenburg (nicht Stendal!) lassen sich Mitte des 13. Jahrhunderts nachweisen.³ In einer „Judenordnung“ wurde bis zur rechtlichen Gleichstellung im 19. Jahrhundert das Leben der jüdischen Bevölkerung im Wohnort durch die Stadt oder den Markgrafen streng reguliert. Die „Judenordnung“ von 1297 der Markgrafen Otto und

Konrad ist die älteste bekannte urkundliche Erwähnung von jüdischen Menschen in Stendal.⁴ Gegen jährliche Tributzahlungen verpflichteten die Markgrafen die örtlichen Räte, für die Sicherheit der jüdischen Siedler zu sorgen. Außerdem schätzten Otto und Konrad die ökonomischen Effekte durch die Expertise der jüdischen Familien über überregionalen Handel und Kreditgeschäfte. In der Ordnung wird auch ein erstes Bethaus erwähnt, vor dem die Juden einen Eid leisten mussten.⁵ 1329 ist eine Anpassung der Zinsfestlegung über 6 Jahre mit der Herzogin Agnes von Braunschweig dokumentiert.⁶ Für 1343 und 1345 lassen sich weitere Festlegungen der Markgrafen zu den Tributzahlungen belegen.⁷ Die jüdischen Bürgerinnen und Bürger konnten nicht frei siedeln, sie bekamen bestimmte Stadtquartiere zugewiesen. Erst mit dem Emanzipationsedikt von 1812 erhielten sie in Preußen erste Bürgerrechte, u.a. freies Wohnrecht. 1327 wird erstmals die Große Judenstraße erwähnt.⁸ Im heutigen Birkenhagen befand sich laut dem Stendaler Schossregister von 1479 die Große Judenstraße, und die Kleine Judenstraße ist heute die Mittelstraße. In der heutigen Bierspünderstraße war ein sogenannter „Judenhof“ eingetragen.⁹ Auch auf alten Stadtkarten von 1755 und 1861¹⁰ ist die Bezeichnung zu finden.

Auch im Alltag gab es massive Beschränkungen. In einer Verordnung von 1335 wurde der jüdischen Gemeinschaft die eigene Fleischschlachtung („Schächtung“) verboten, städtische Fleischer durften nur mit Sondergenehmigung Vieh für jüdische Käufer schlachten.¹¹

Mit schrecklicher Häufigkeit wurde die jüdische Gemeinschaft auch in Stendal für Unheil aller Art verantwortlich gemacht. Beim Stadtaufstand von 1345 gibt es keine Quellen über Verfolgungen jüdischer Bürger.¹² In den Pestjahren 1349/1350 in der Mark vertrieb dagegen vermutlich ein Mob die Gemeinde aus Stendal.¹³ Die Pogrome blieben nach





Bierspünderstraße, 1567 „Judenhof“ genannt, ca. 1950

dem Willen des Markgrafen Otto in einem Brief vom 11. November 1351 „ungefordert und ungerichtet“.¹⁴ In einem Brief vom 15. Januar 1352 forderte sein Bruder, Markgraf Ludwig der Römer, die Wiederaufnahme jüdischer Bürgerinnen und Bürger.¹⁵ In der Stadt scheint es aber große Widerstände dagegen gegeben zu haben. Otto wiederholte die Forderung in einem Brief von 1360 fast wortgleich.¹⁶ Antijüdische Einstellungen blieben im gesamten Spätmittelalter und der frühen Neuzeit vorherrschend in der Stendaler Stadtgesellschaft. Erst im 15. Jahrhundert lassen sich wieder Spuren jüdischer Besiedlung eindeutig nachweisen. 1454 wird die jüdische Gemeinde gegen den Willen der Stadtbevölkerung wieder zugelassen, aber vermutlich kurze Zeit später wieder vertrieben.¹⁷ Im Jahr 1490 wird in einem Brief von Kurfürst Johann die Aufnahme zweier jüdischer Familien für zunächst drei Jahre gestattet, die allein im Bereich Kreditgeschäft tätig sein durften.¹⁸ Der Vertrag für die beiden jüdischen Familien wurde 1509 für weitere drei Jahre verlängert.¹⁹

Im Jahr 1510 werden nach einem Prozess in Berlin, in dem auch Stendaler Juden zum Tode verurteilt werden, alle jüdischen Familien aus der Mark Brandenburg vertrieben.²⁰ Ob der im 15. Jahrhundert erbaute Stendaler Dom St. Nikolaus auch mit Unterstützung der jüdischen Kaufleute erbaut wurde (an der Außenfassade sind zwei Davidsterne angebracht), ist nicht belegt und eher unwahrscheinlich angesichts der Vertreibungen.

1564 durften sich Juden wieder in Stendal kurzfristig niederlassen. Zunächst neun Familien siedeln sich wieder an.²¹

Fast 200 Jahre vergehen bis zur nächsten Erwähnung. In der „Historischen Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg“ (1751) des Chronisten Johann Christoph Bekmann wird eine jüdische Schule in der „Hohen bode“ erwähnt.²² Dies war nach Werner Heise gewiss auch eine Synagoge, da beide Begriffe synonym verwendet wurden.²³ Ob und wie viele jüdische Kinder hier unterrichtet wurden, ist unbekannt.

Mitte des 18. Jahrhunderts ist ein verstärkter Zuzug jüdischer Familien nachweisbar. Michael Levin Steinthal aus Rathenow erhält 1755 Bürgerrecht und baut ein Geschäft auf. Seine vielköpfige Familie lässt sich auch teilweise in Stendal nieder.²⁴

1790 wurde erstmals wieder ein neues Gebetshaus eingeweiht.²⁵ Dies lässt auch auf einen starken Anstieg der jüdischen Bewohner schließen. Im gesamten Königreich Preußen wuchs die jüdische Gemeinschaft in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stark an, unter anderem durch polnische Juden aus den annektierten Gebieten. Die Angaben zu den Einwohnerzahlen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen und nur oberflächlich erforscht. Ruth Wolf und Helmut Eschwege geben an, dass 1796 sechs Familien mit 27 Kindern in Stendal leben, 15 Jahre später sollen es 52 Personen sein.²⁶ Der Chronist Albert Möllmann gibt zwischen 1847 und 1877 jährliche Zahlen an. Im Durchschnitt ca. 30-40 jüdische Einwohner, im Jahr 1850 sollen es jedoch nur 18 Personen gewesen sein.²⁷

Georgas Salomon gründete 1855 wieder eine „jüdisch-israelitische Gemeinde“, die 1857 mit der größeren jüdischen Gemeinde in Tangermünde zwangsverbunden wurde.²⁸ Das erste Gebetshaus wurde 1859 in der Straße Hoock angemietet (heute Haus Nr. 8).²⁹ Doch seit 1863 nutzte Salomon den 2. Stock seines Wohnhauses in der Weberstraße 43 als Gebetsraum. Später wurde ein Hofgebäude als Synogogenraum genutzt, das heutige Haus Deichstraße 15.³⁰ Als Vorsteher der jüdischen Gemeinde gründete Salomon auch eine wohltätige Stiftung für arme Menschen.³¹

Seit 1865 wurde ein Teil des Geländes des städtischen Friedhofs für jüdische Bestattungen genutzt. Der jüdische Friedhof wurde mit einer fünf Meter hohen Mauer abgegrenzt. Bis vor 1865 wurden die jüdischen Verstorbenen aus Stendal u. a. in Tangermünde beerdigt.

1869 wurden in Preußen die jüdischen Einwohner rechtlich gleichgestellt („emanzipiert“). Sie konnten

formal alle Berufe ergreifen, auch wenn ihnen faktisch weiterhin viele Wege zum gesellschaftlichen Aufstieg verschlossen blieben. Eine Ausnahme bildete der Amtsgerichtsrat Dr. Iwan Wahlburg.³² Er war im heutigen Landgerichtsgebäude tätig, seit 1879 waren hier Land- und Amtsgericht untergebracht sowie die Staatsanwaltschaft.

Die aufstrebende jüdische Gemeinde legte 1886 den Grundstein für ein neues Synagogengebäude in der Neustraße 5.³³ Das Gebäude wurde am 03. April 1887 offiziell eingeweiht.³⁴ Etwa 25 Familien sind Teil der Gemeinde.

Zahlreiche jüdische Gewerbetreibende sind im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts Teil der Wirtschaft der Stadt Stendal.³⁵ 1922 ist die jüdische Gemeinde als „Isrealitischer Religionsverein e.V.“ vermerkt.³⁶

Mit der Machtübertragung auf die NSDAP begann eine systematische Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Gemeinschaft. Am 1. April 1933 wurden zahlreiche Geschäfte boykottiert.³⁷ In der Nacht vom 10. auf den 11. November 1938 brannte auch die Stendaler Synagoge, allerdings nur kurz. Nach einem Zeitzeugenbericht rettete die Feuerwehr unter Branddirektor Paul Finke zumindest das Gebäude. Gerettete Thorarollen und Gesetzesbücher wurden draußen von SA und SS verbrannt.³⁸

Durch weitere Maßnahmen wurden die wirtschaftlichen Grundlagen der jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner systematisch vernichtet.³⁹

Die letzte Beisetzung auf dem jüdischen Friedhof fand 1940 statt.⁴⁰

Mit dem Beginn der „Endlösung“ wurden die verbliebenen jüdischen Familien ab 1940 in weni-

gen Häusern zusammengepfercht. Als letzte Station vor dem Abtransport diente aufgrund der Nähe zum Bahnhof das Haus Grabenstraße 4. Es gehörte dem jüdischen Pferdehändler Jacob Dänemark und wurde so als ein sogenanntes „Judenhaus“ missbraucht. Die letzten Juden wurden im April 1942 in die Vernichtungslager abtransportiert. Eine ganze Bevölkerungsgruppe, die seit 700 Jahren in Stendal ansässig war, wurde so ausgelöscht.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kehrten die überlebenden jüdischen Bürgerinnen und Bürger bis auf wenige Ausnahmen nicht nach Stendal zurück. Boris Wolfowicz erhielt 1957 das Nutzungsrecht des Hauses der ehemaligen Synagoge, das seit 1940 als Kinderhort verwendet worden war.⁴¹ 1983 wurde das Gebäude privat verkauft. Bis heute existiert keine jüdische Gemeinde in Stendal. Der jüdische Friedhof ist Teil des Städtischen Friedhofs und wird vom Landesverband jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt verwaltet.



Hallstraße 4, Geschäftshaus Julius Cohn, ca. 1935

Der jüdische Friedhof in Stendal

Von Dr. Tobias Eichenberg

Seit es 1786 durch die Familie Levin wieder eine beständige Ansiedlung von Juden in Stendal in neuerer Zeit gab, wurde die jüdische Präsenz stärker. Die Levins wohnten hier mit 11 erwachsenen Kindern. 1796 lebten bereits sechs Familien mit 27 Kindern in der Stadt, 1790 war eine Synagogen-Betstube eingerichtet worden. 1821 waren es 18 jüdische Familien, deren Rechte allerdings noch eingeschränkt waren.

1857 wurde die gewachsene jüdische Gemeinde Stendals der Tangermünder Gemeinde angeschlossen und nutzte deren Friedhof mit. Wenig später waren 1861 im Vorstand der Tangermünder Bezirks-gemeinde Stendaler Juden vertreten. Nachdem 1863 ein Synagogenraum in einem Haus in der Weberstraße eingerichtet worden war, wurde 1887 die neue Synagoge am Ostwall geweiht, die auch Schulräume enthielt.

Bereits vorher war 1865 in Stendal ein Israelitischer Friedhof begründet worden. Er befindet sich noch heute an der Westseite des Städtischen Friedhofs und ist nur von diesem aus zugänglich. Das Tor zur Georgenstraße, von dem er früher zu betreten war, ist heute zugemauert. An der Außenseite ist die deutsche Übersetzung der Inschrift erhalten, die an



Portal des jüdischen Friedhofs, 2020

der Innenseite in Hebräisch erscheint (siehe Foto): "Den du gibst der Gruft nicht meine Seele preis. Du laesst deine Fromen nicht Verwesung schauen." (die unterstrichenen sind als Doppelbuchstaben gekennzeichnet). Dieser Vers aus Psalm 16 Vers 10 spricht die Hoffnung der Gläubigen auf die Kraft Gottes aus, sie auch im Tod und darüber hinaus nicht zu verlassen – eine Hoffnung, die Juden auch inmitten von Benachteiligung und Verfolgung festgehalten haben.

Das wohl letzte Begräbnis auf diesem Friedhof war das des Lederwaren- und Schuhcremehändlers Edel Kraskin Ende 1940. Sein Geschäft war im Jahr zuvor „arisiert“, also auf behördlichen Druck an einen nicht jüdischen Schlosser verkauft worden. Was dieses Geschehen für den 1891 in Weißrussland geborenen Kraskin bedeutete, kann man nur erahnen. Sein Lebenswerk war ihm geraubt worden!

In der DDR-Zeit verwehrte der jüdische Friedhof Stendals wie so vieles andere auch. Die Politik des sozialistischen Staates verrechnete die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Zeit meist als antifaschistische Widerstandskämpfer und reklamierte sie somit für sich. Andererseits war sie dem jüdischen Staat Israel gegenüber feindlich eingestellt. So wurden etwa an den Schulen 1973 nach dem arabischen Angriff auf Israel am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, Unterschriften gegen den „Aggressor Israel“ von den Schülern verlangt. Ein mutiger junger Christ in Stendal widersetzte sich der Aufforderung seines Direktors zu unterschreiben mit der Frage: „Würden Sie Ihr eigenes Todesurteil unterschreiben? In der Bibel steht: Wer Israel antastet, tastet Gottes Augapfel an.“

So lag dieses Thema damals vor allem Christen am Herzen. 1967 hatte es Johannes Jänicke, der damalige Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, in einem Brief der Synode der Kirchenprovinz ans Herz gelegt.

Der Stendaler Superintendent Haymo Alberts, der schon 1920 als Schüler nach Stendal gekommen war, ließ von Spenden anlässlich seines 60. Geburtstages 1970 den jüdischen Friedhof wieder in Ordnung bringen und rückte ihn damit wieder stärker ins Licht der Öffentlichkeit. Als durch Vandalismus Grabsteine umgestürzt worden waren und Volkspolizisten sie wieder aufrichten mussten, stand er schimpfend dabei, weil die sonst überall präsente Polizei den Vandalismus nicht verhindert hatte. Und seine Wortwahl war nicht zimperlich, wie alle bestätigen können, die ihn noch gekannt haben. Aber er hat auch in der Petrikirche anstelle der früheren Kriegertafeln ein Mahnmal mit einem Gebet errichten lassen: Herr, du hast uns heimgesucht! Aber auch Pfarrer Karlheinz Schroedter in St. Jakobi sammelte schon vor 1990 und danach viele Materialien über die jüdische Vergangenheit in Stendal.

Seit den 1980er Jahren gibt es regelmäßig am 9. November einen Gedenkweg zum jüdischen Friedhof, der von verschiedenen christlichen Gemeinden der Region verantwortet wird. Einige Male führte er durch Straßen der Stadt an der Gedenktafel für die Synagoge am Ostwall oder an

Stolpersteinen vorbei, die an frühere jüdische Bürger erinnern. So wurden 2014 an verschiedenen Stationen die Namen und Daten der aus Stendal umgebrachten jüdischen Mitbürger verlesen. Immer wurde auch der beleuchtete Davidsstern dem Zug vorangetragen.

In den letzten Jahren hat der Weg sich vor allem auf den Friedhof konzentriert, wo das Gedenken mit aktuellen Bezügen und Gebeten in Verbindung gebracht wird. Auch unter den erschwerten Bedingungen konnte er am 9. November 2020 mit den entsprechenden Hygienemaßnahmen stattfinden. Ein besonderes Anliegen für die Zukunft bleibt dabei, auch Jugendliche für die Problematik zu sensibilisieren und einzubeziehen. Nicht nur die Erinnerung, sondern auch die Lage jüdischer Menschen heute müssen wir im Blick haben.



Grabstein für Louise und Georg Simonsohn, 2020

Arisierung

die Verdrängung der Stendaler Juden und Jüdinnen aus dem Wirtschaftsleben und die Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen Von Dorothea Knauerhase

Die überwiegende Mehrheit der Stendaler Bürgerschaft entschied sich bei den Reichstagswahlen im März 1933 für das völkisch nationale und extrem antisemitische Parteienspektrum. Die NSDAP erhielt zusammen mit der Kampffront Schwarz Weiß Rot 63,4 % der Wählerstimmen.¹ Schon am 21.03.1933 veröffentlicht der „Altmärker Anzeiger“ einen Artikel mit der Schlagzeile „Reinigung der Rechtspflege“, in dem der Bund nationalsozialistischer Juristen „die Ausschließung fremdrassiger und marxistischer Richter und Anwälte“ fordert.² Eine intensive antisemitisch geprägte Hetzpropaganda sollte die Bevölkerung auf die einsetzende Gewalt und den zeitgleich staatlich geduldeten Rechtsbruch einstimmen, der mit dem Boykottaufruf vom 01.04.1933 gegen jüdische Geschäfte begann.

Für die 61 Stendaler Jüdinnen und Juden brach eine unheilvolle Zeit an.³

In ganz Deutschland gingen an diesem Tag Aktionskomitees der SA gegen jüdische Geschäfte vor. „Der Altmärker“ berichtet in seiner Ausgabe vom selbigen Tag: „Um 9.55 Uhr marschierten die SA-Trupps in die Breite Straße ein und vollzogen, je nach der Größe des Geschäfts, mit Wachen von einem bis zu fünf Mann die Aufstellung der Posten vor den Eingängen.“⁴ Plakate mit der Aufschrift „Wer noch beim Juden kauft, verrät das Vaterland“ oder „Nur ein ehrloser Wicht kauft noch beim Juden“⁵ sollten die Kundschaft am Eintritt hindern. In dem Bericht heißt es „Punkt 10 Uhr waren sämtliche im Plan vorgesehenen siebzehn jüdischen Geschäfte besetzt, die sich auf der Breiten Straße, Frommhaagenstraße, Hallstraße und den Schadewachten erstrecken.“⁶ Zum Schluss wird bemerkt: „Über die Besucher und Käufer werden in den bewachten Geschäften Listen geführt.“⁷

Ziel der Ausschreitungen war die Vertreibung der Juden aus Deutschland. Bis Ende 1937 verließen ein Drittel aller in Deutschland lebenden Juden das Land.⁸ „Nach 1933 (...) begann die Flucht der Juden aus der Stadt Stendal. Ihre Geschäfte wurden für einen Pappenstiel arisiert, so auch das Kaufhaus von Gustav Dobrin, das von der Firma Bergmann & Co übernommen wurde, wie auch das Einheitspreisgeschäft ‚Epege‘ von Alfred Conitzer.“⁹

Der Verkaufserlös sogenannter arisierter Betriebe kam auf ein Sperrkonto, auf das die ehemaligen Besitzer keinen Zugriff hatten. Die ab 1933 drastisch steigende Reichsfluchtsteuer und die 1938 eingeführte Judenvermögensabgabe wurden zur gezielten Abschöpfung von Vermögenswerten der aus Deutschland auswandernden Jüdinnen und Juden eingesetzt. Ulrich Herbert schreibt hierzu: „(...) das erreichte solche Ausmaße, dass der Fiskus im Jahre 1938 aus der Fluchtsteuer höhere Einnahmen erzielte als aus der Einkommenssteuer.“¹⁰

„Soweit bekannt ist, gab es 1938 in Stendal keine großen jüdischen Vermögen. Mit Ausnahme des Rechtsanwalts Dr. Julius Charig waren die Stendaler Juden überwiegend kleine Geschäftsleute, Handwerker und private Einzelpersonen bzw. Familienangehörige.“¹¹

Boris Wolfowicz wird 1958 an die Synagogengemeinde Magdeburg schreiben: „Was ihre Anfrage nach der Judenvermögensabgabe anbelangt, so nehmen wir an, dass die auf das Sperrkonto bei der Deutschen Bank Stendal eingezahlten RM 5000.- für die Auswanderung der Tochter Johanna Loebel (ehem. Cohn) verwendet wurden.“¹² Im Zuge der Nürnberger Gesetze wurden Verordnungen erlassen, die jüdische Richter, Anwälte, Ärzte, Apotheker und Lehrer aus dem Berufsleben sowie jüdische Schüler aus öffentlichen Schulen ausschlossen. Der Stendaler Rechtsanwalt Julius Charig schrieb

seinem Schwager Herbert Mosheim: „Lieber Herbert! (...) Hier redet man nur noch über Auswanderung! (...) wir alle müssen uns anstrengen, um die erforderlichen Papiere für die Auswanderung zu vervollständigen. (...) die Erteilung von Visa ist immer noch eine Lotterie. Weißt Du etwas über einen Weg über Japan?“¹³ Für viele wird eine Ausreise aus Deutschland bald unbezahlbar und damit immer unwahrscheinlicher, so auch für Julius Charig und seine Frau, die 1942 deportiert werden. Der immer schnellere Takt des Verlustes von gesellschaftlicher Anerkennung und der sozialen Isolation sowie des Verlustes von rechtlicher und wirtschaftlicher Sicherheit bis zur Vernichtung der existenziellen Lebensgrundlagen, wurde durch eine gegen die jüdische Bevölkerung gerichtete Flut von Erlassen und Verordnungen bestimmt, deren rasseideologisches Motiv sich immer stärker mit den wirtschaftspolitischen Interessen des NS-Regimes verband. Das zeitliche Ineinandergreifen zunehmender Enteignungen jüdischer Vermögenswerte und nationalsozialistischer Expansionsbestrebungen steht für gezielte kriegswirtschaftliche

Interessen. Wenige Wochen nach der Annektion Österreichs im März 1938 mussten alle deutschen und österreichischen Jüdinnen und Juden „(...) eine detaillierte Übersicht ihres Vermögens abgeben. Meldepflichtig waren Vermögen mit einem Wert von mehr als 5.000 Reichsmark“¹⁴ und umfassten den „(...) Besitz an Grundstücken und Immobilien, Bargeld, Wertpapieren, Lebensversicherungen, Kunstgegenständen, Schmuck und Edelmetallen. Diese Informationen dienten den Behörden fortan als Grundlage für die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen und die systematische Ausplünderung der Juden nach der Pogromnacht.“¹⁵ „Ein regelrechtes ‚Arisierungsgewerbe‘ entstand, in dem Treuhandverwaltungen und ‚Auswanderungsagenten‘, Makler und Rechtsanwälte die Enteignung der jüdischen Betriebe organisierten und daran in großem Umfang verdienten.“¹⁶ In einem Schreiben vom 20.01.1939 beklagt der mit der Abwicklung des Warenlagers des Kaufmanns Richard Cohn beauftragte Otto Nalenz: „Das Finanzamt hat allein 36.000 RM Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe beansprucht, so daß mir zur Erfüllung



Betriebsfeier der Firma Gustav Dobrin, 1936

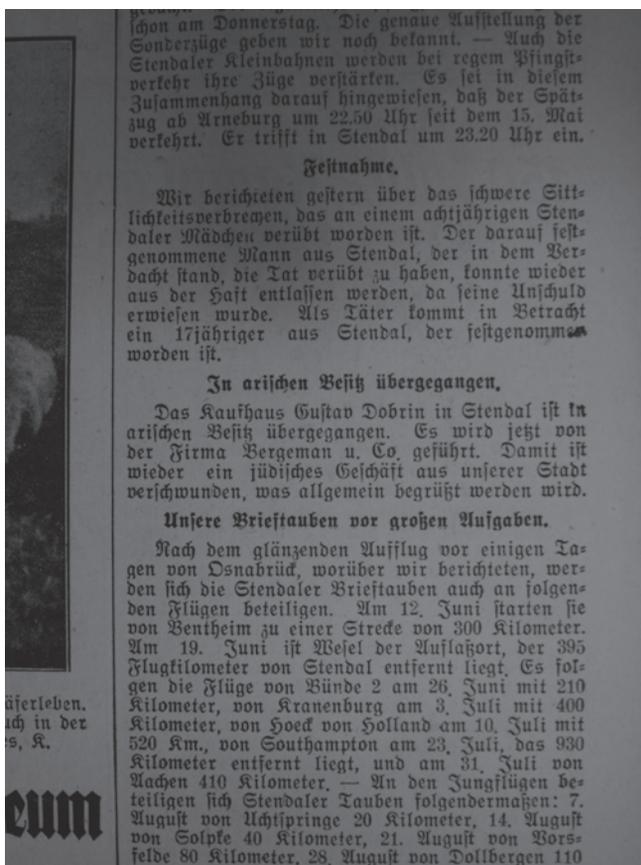
der bestehenden Verbindlichkeiten und Gläubiger nur ein Teil zur Verfügung steht“.¹⁷ Auch in Stendal gab es in der Nacht vom 09. zum 10. November 1938 eine Welle der Gewalt, in deren Zuge die Synagoge in Flammen stand, Geschäfte und deren Eigentümer angegriffen wurden. Für die dabei entstandenen Sachschäden mussten die in der Stadt ansässigen Jüdinnen und Juden wie überall in Deutschland selbst aufkommen. Mit der am Folgetag in Kraft tretenden „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes“ wurden Laden-Besitzer zur Reparatur sämtlicher Schäden an ihren Geschäften verpflichtet. Laut einer Schadensmeldung im „Schreiben an den Herrn Regierungspräsidenten in Magdeburg“ vom 16. 12. 1938 wurden im Schuhwaren- und Konfektionsgeschäft von Harry Becka 2 Schaufensterscheiben eingeschlagen. Der Schaden wurde mit 344,45 RM durch ihn selbst ersetzt. Richard Cohn, in dessen Geschäft 5 Scheiben zerschlagen wurden, sollte für den Schaden von 1813 RM ebenfalls selbst aufkommen.¹⁸

Die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ wurde unmittelbar nach den Novemberpogromen erlassen. Zu dieser Zeit gab es in Stendal vermutlich noch 10 jüdische Gewerbebetriebe.¹⁹ Für die Stendaler

Jüdinnen und Juden bildete ihr Immobilienbesitz eine wesentliche Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz. Einige hatten bereits in der sogenannten freiwilligen Phase der „Arisierung“ Grundeigentum verkauft. Im Stadtarchiv Stendal liegt ein handschriftlicher Auszug aus dem Grundbuch „über Verkäufe von jüdischem Grundbesitz“ aus dem Jahr 1939 vor. Danach sind zwischen 1933 und 1939 21 Grundstücke verkauft worden, davon einige vor den Verordnungen von jüdischen Eigentümern, die 1938 nicht mehr in Stendal waren.

Die Angaben erlauben es nicht zu beurteilen, wie angemessen die Kaufpreise tatsächlich waren, da sie keine Informationen über Größe, Bebauung und damalige Marktpreise enthalten.^{1/20} Das „Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30.04.1939²¹, führte zu einer konzentrierten, isolierten und sehr beengten Unterbringung von Jüdinnen und Juden in sogenannten „Judenhäusern“²². Man sann dabei auf die Mitwirkung der Bevölkerung und appellierte an deren „gesundes Volksempfinden“²³, um sie zum Auszug aus den Häusern jüdischer Eigentümer zu bewegen. Am 08.12.1941 schreibt der Kreisleiter der Stendaler NSDAP an den Bürgermeister „Parteigenossen Meyer“, es herrsche große Wohnungsnot, von der auch „kinderreiche, erbgesunde Familien“ betroffen seien. Es stelle sich die Frage, „weshalb die Juden noch heute in Stendal über ausreichenden Wohnraum verfügen (...). Nachdem das Weltjudentum restlos entlarvt ist als der eigentliche Urheber dieses Krieges, bestehen in politischer Hinsicht keinerlei Hinderungsgründe, dieser parasitären Rasse eine entsprechende Behandlung zuteilwerden zu lassen.“^{1/24}

Die „Zwangsentjudung“ des Möbelhauses von Samuel Grünberg, Schadowachen 32a, der 1935 nach Palästina ausreiste und sein Grundstück verpachtete, ist Gegenstand eines Anliegens zwischen dem Kaufmann Alfred Hübner und den zuständigen Behörden. „Hübner beantragt die Zwangsentjudung des gesamten Grundstücks (...), da die Kaufangebote von Grünberg nicht beachtet worden sind.“²⁵ In einem Schreiben vom 06.01.1940 an den Oberbürgermeister der Stadt Stendal beklagt der Kaufmann Alfred Hübner, „daß allgemein immerhin die Meinung bei einem Teil meiner Kundschaft besteht, daß das Geschäft, da das Grundstück ja einem Juden gehört, auch wohl das Geschäft noch in dessen Händen ist und mein



Name und meine Firma sozusagen ja eine vorge-schobene Sache wäre. Ich habe wiederholt (...) diesbezügliche Aufklärung geben müssen (...). Daß diese Ansicht für meinen Ruf als Mensch und als Kaufmann untragbar ist, werden sie ohne Weiteres einsehen.“²⁶ Er bemerkt ausdrücklich, dass er kein „Judenknecht“ sei.²⁷

In einem Brief der Stadtverwaltung Stendal an den Regierungspräsidenten zu „Mietverhältnissen mit Juden“ vom 08.07.1941, heißt es, „(...) dass nunmehr auch die letzte jüdische Familie in ein jüdisches Haus untergebracht ist. Das Gesetz (...) ist nunmehr vollkommen durchgeführt worden.“²⁸ Nach Kriegsbeginn im September 1939 ist eine Ausreise aus Deutschland für Juden fast unmöglich. Im September 1941 wurden alle jüdischen Bürger zum Tragen des gelben Sterns verpflichtet.

Ab Oktober 1941 beginnen die Massendeportationen, und die Lage für Jüdinnen und Juden wird nahezu ausweglos. Mit der Ende November 1941 beschlossenen Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz verloren alle Jüdinnen und Juden, die sich im Ausland aufhielten, so auch die Deportierten, automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit und damit ihr gesamtes Vermögen, das zugunsten des Reiches eingezogen wurde. Damit wurde die längst gängige Praxis legitimiert.

Unter der Tarnbezeichnung „Aktion 3“ werden im November 1941 die Finanzbehörden angewiesen, die Verwertung des letzten verbliebenen Eigentums von Jüdinnen und Juden zu regeln. „Bis auf einen Betrag von 100 Reichsmark und 50 kg Gepäck solle das Vermögen der Deportierten eingezogen werden. Die Geheime Staatspolizei führte die ‚Abschiebung‘ durch, forderte Vermögensverzeichnisse ab, versiegelte die Wohnungen und nehme die Wohnungsschlüssel entgegen. Die Einziehungsverfügungen würden den Juden durch Gerichtsvollzieher zugestellt. – Dies geschah meist kurz vor der Deportation in den Sammelstellen.“²⁹

Was geschah mit dem zurückgelassenen Hausrat? „Überall im Deutschen Reich, in jeder Stadt und jedem Dorf, in dem Juden gelebt haben, kommen deren Habseligkeiten unter den Hammer – meist unmittelbar nach deren Deportation und genau dokumentiert. Die Geheime Staatspolizei führe die ‚Abschiebung durch, fordere Vermögensverzeichnisse ab, versiegele die Wohnungen und nehme die Wohnungsschlüssel entgegen. Die Einziehungsverfügungen würden den Juden durch Gerichtsvollzie-

her zugestellt. – Dies geschah meist kurz vor der Deportation in den Sammelstellen.“

Versteigerer protokollieren akribisch jeden Verkauf ehemals jüdischen Eigentums“³⁰, heißt es in dem MDR-Zeitreise-Schwerpunkt „Die Versteigerer – Profiteure des Holocaust“. Unmittelbar nach den vielfach in Annoncen beworbenen Auktionen ziehen enteigneter jüdischer Hausrat, Bekleidung, Möbel, Gebrauchsgegenstände und Spielzeug, preiswert erworben, in deutsche Bürgerstuben ein.³¹ Bevorzugt werden „zum Beispiel Jungverheiratete oder Bombengeschädigte“.³² „Zum einen sollten bedürftige ‚Volksgenossen‘ materiell unterstützt werden, zum anderen beteiligte das NS-Regime die Bevölkerung an der Enteignung der ehemaligen jüdischen Mitbürger und legitimierte dadurch indirekt ihr grausames Handeln.“³³ „Am Ende werden durch die öffentlichen Versteigerungen etwa 300 Millionen RM zusammenkommen.“³⁴ Mit der Wannseekonferenz vom 20.01.1942 wird mit dem organisierten Massenmord das Schicksal der europäischen Juden besiegelt. Die letzten Stendaler Bewohner des „Judenhauses“ in der Grabenstraße 4 werden im gleichen Jahr deportiert und später ermordet.



Familie Edel und Pauline Kraskin geb. Schröder

Frommhagenstraße 16 und 46
Von Dr. Reinhard Creutzburg

Während des ersten Weltkriegs war Edel Kraskin als Kriegsgefangener nach Groß Leppin bei Bad Wilsnack gekommen. Bei seiner dortigen Arbeit in der Landwirtschaft lernte er die Bauerntochter Pauline Schröder kennen und lieben. Die Eheschließung fand am 30. November 1919 im nahen Glöwen statt. Zwei Jahre später, am 9. Oktober 1921, wurde der Sohn Hans Martin geboren. Irgendwann in den folgenden Jahren zog Edel Kraskin mit seiner Familie nach Stendal in die Frommhagenstraße 16 und eröffnete dort eine Lederhandlung und Schäftestepperei. Am 29. Dezember 1923 wurde die Tochter Ruth geboren.

Edel Kraskin selbst stammte aus Dobrowno in Weißrussland, wo er am 11. Juni 1891 als Sohn des jüdischen Händlers Joseph Kraskin geboren worden war. Seine Frau Pauline war evangelisch und ließ ihre beiden Kinder taufen und konfirmieren. Im Einwohnerverzeichnis der Stadt Stendal 1926/27 war nun erstmals auch die Lederhandlung von Edel Kraskin unter den Stendaler Gewerbetreibenden aufgeführt. Das Geschäft schien gut zu gehen, so dass Edel Kraskin das Haus Frommhagenstraße 16 erwerben konnte. Später, Anfang der 1930er Jahre, kam noch das Haus gegenüber, Frommhagenstraße 46, hinzu. Man wird annehmen können, dass das Leben für die Familie in der Kleinstadt Stendal in guten und ruhigen Bahnen verlief.

Das änderte sich jedoch ab 1933, nachdem die NSDAP mit der Regierungsbildung beauftragt worden war. In welcher Weise bereits am 1. April beim reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte auch die Lederhandlung von Edel Kraskin betroffen war, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Im Verzeichnis der Gewerbetreibenden im Einwohnerverzeichnis der Stadt Stendal 1934/35 fand sich sein Name nun allerdings nicht mehr. Über das alltägliche Leben und die geschäftlichen Möglichkeiten in den folgenden Jahren der Ausgrenzung

lassen sich nur Vermutungen anstellen. Eine tiefe Zäsur bildete die Reichspogromnacht am 9. November 1938, als auch in Stendal die Synagoge brannte, Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte eingeschlagen wurden und es zu Verhaftungen kam.

Am darauf folgenden Tag berichtete die Stendaler Presse u.a., dass „Schaufenster eines jüdischen Geschäfts in der Frommhagenstraße durch Steinswürfe zertrümmert“ worden seien. Verglichen mit anderen jüdischen Geschäften hielt sich das Ausmaß der Zerstörung bei Edel Kraskin wahrscheinlich noch in Grenzen. Doch es wurde nicht nur zerstört. Am 11. November informierte die lokale Presse ihre Leser darüber, dass auch in Stendal „Juden festgenommen“ worden seien. Zu diesen Festgenommenen gehörte auch Edel Kraskin. Während andere in ein KZ kamen, wurde er drei Tage im Stendaler Gefängnis inhaftiert. Worauf lassen sich diese vergleichsweise begrenzten Maßnahmen zurückführen?

Im Rückblick auf diese Ereignisse sah Ruth Fremdling, die Tochter Edel Kraskins, einen Grund darin, dass ihre Mutter „keine Jüdin war“. Edel und Pauline Kraskin lebten in einer sogenannten „Mischehe“. Allgemein ist festzustellen, dass in derartigen Ehen der jüdische Partner zunächst noch relativ geschützt war. Aus Rücksicht auf die Angehörigen des nichtjüdischen Partners ließ das NS-Regime bei der Verfolgung oft „eine gewisse taktische Vorsicht“ walten. Man wollte nicht zu viel Unruhe in nichtjüdischen Kreisen auslösen, heißt es dazu in der Fachliteratur. Dennoch gestaltete sich das Leben für die Familie immer schwieriger, denn unmittelbar nach dem Novemberpogrom setzten verstärkt Maßnahmen zur sogenannten „Arisierung“ jüdischer Geschäfte ein.

Bald nach der Pogromnacht wurde die Lederhandlung von Edel Kraskin durch die Polizei geschlossen und die Fortführung des Geschäfts verboten.

Bereits Ende November war das Geschäft von Richard Cohn in der Hallstraße „arisiert“ worden. Die Cohns wurden danach von Edel Kraskin aufgenommen. Anfang Dezember 1938 bewarb sich ein Stendaler Geschäftsmann um die Übernahme der Lederhandlung Edel Kraskins. Zunächst verhielt sich die Stadtbehörde zögerlich. Auch die Inhaber ähnlicher Geschäfte in Stendal waren aus einsichtigen Gründen nicht an einer Weiterführung dieses Geschäfts interessiert. Der Bewerber verwies auf seine „arische Abstammung“ und seine Mitgliedschaft in der NSDAP und konnte, unterstützt vom Regierungspräsidium Magdeburg, das nunmehr „arisierte“ Geschäft von Edel Kraskin im Februar 1939 übernehmen.

Während die Lederhandlung im Erdgeschoss des Hauses nun von einem „Arier“ betrieben wurde, lebten die Familie Kraskin und das Ehepaar Cohn offenbar in den darüber befindlichen Obergeschossen. Was diese Erfahrung für Edel und Pauline Kraskin bedeutete und wie die beiden jugendlichen Kinder Hans Martin (17 Jahre) und Ruth (15 Jahre) diese Situation erlebten, lässt sich nur ahnen. Insgesamt ist nur wenig über diese Zeit überliefert. Auf jeden Fall nahmen die Erfahrungen der Ausgrenzung im Alltag weiter zu. „Man durfte nicht mehr ins Kino gehen, in keine Gaststätte, Nachbarn und Mitschüler wandten sich zum Teil ab, schließlich durfte man nicht mehr in die Schule“, erinnerte sich später die Tochter Ruth Fremdling geb. Kraskin. Ihr Bruder Hans Martin sollte, während er in den Kriegsjahren in Magdeburg eine Kaufmannsausbildung absolvierte, in ein Lager gebracht werden. Er konnte sich jedoch mit Hilfe guter Freunde „in den Ruinen von Magdeburg verstecken und so überleben“, wusste sein Sohn später zu berichten.

Am 25. Januar 1940 war Richard Cohn im Alter von 63 Jahren verstorben. Im Herbst desselben Jahres folgte ihm Edel Kraskin. Er starb am 14. November im Alter von nur 49 Jahren. Sein Begräbnis war offenbar das letzte, das auf dem jüdischen Friedhof in Stendal erfolgte. Die amtliche Sterbeurkunde vermerkte als Todesursache „chronische Zuckerkrankheit“ und „chronische Herzinsuffizienz“. In der Familie wurde überliefert, dass Edel Kraskin in der Zeit nach der „Arisierung“ „mehrfach abgeholt“ worden sei, wobei er die letzte Abholung „infolge eines Herzinfarkts nicht überlebt“ habe. Die Annahme ist naheliegend, dass die überaus schmerzlichen und leidvollen Erfahrungen der letzten Jahre ihm



Grabstein auf dem Stendaler Jüdischen Friedhof

offenbar Kraft und Gesundheit genommen hatten. Nachdem Richard Cohns Frau Auguste 1943 in das Warschauer Ghetto deportiert worden war, lebte Pauline Kraskin mit ihren Kindern weiter in ihrem Haus, das ihr nicht genommen werden konnte. In der amtlichen Liste jüdischer Grundstücke war unter Frommhagenstraße 46 vermerkt: „Im Erbschaftswege auf die Witwe Pauline Kraskin übergegangen.“ Die Lederhandlung Edel Kraskins wurde auch nach 1945 von jenem Stendaler Kaufmann weiter betrieben, der sie 1938 im Zuge der „Arisierung“ übernommen hatte. Die Möglichkeit einer Entschädigung bzw. Rückerstattung gab es allerdings nur im westlichen Deutschland.

Familie Boris und Gertrud Wolfowicz geb. Lange

Nikolaistraße 23
Von Dr. Reinhard Creutzburg

Boris Wolfowicz war vermutlich während des ersten Weltkriegs oder unmittelbar danach als Kriegsgefangener nach Stendal gekommen. Er stammte aus Polen, wo er am 14. August 1890 in Dsialoschitz als Sohn des jüdischen Kürschners Leibus Hil Wolfowicz geboren worden war. In Stendal lernte er offenbar seine spätere Frau Gertrud Lange kennen. Sie war evangelisch, und Boris Wolfowicz entschloss sich im Frühjahr 1925, die Religion zu wechseln. Er ließ sich im christlichen Glauben unterrichten und wurde am 1. März 1925 im Dom getauft. Wenige Wochen später fand dort auch die kirchliche Trauung statt. Am 1. Mai 1925 wurde der Sohn Hans Günter geboren. Er wurde im folgenden Monat ebenfalls im Dom getauft. Als obligatorischen Hinweis auf die Religionszugehörigkeit der Eltern verzeichnete das Taufregister der Domgemeinde für beide Elternteile „evangelisch“.

Die junge Familie wohnte zu dieser Zeit in der Nikolaistraße 33. Beruflich versuchte sich Boris Wolfowicz als Kürschner und Mützenmacher in Stendal zu etablieren. In den folgenden Jahren gelang es ihm, in der Nikolaistraße 23 ein Ladengeschäft zu eröffnen. Im Einwohnerverzeichnis der Stadt Stendal 1928/29 wurde erstmals, auch mit einer Anzeige, auf das Geschäft hingewiesen. Man gewinnt den Eindruck, dass sich die private und berufliche Situation in diesen Jahren für Boris Wolfowicz gut entwickelt hatte. Am 9. November 1934 wurde die Tochter Gisela geboren und am ersten Weihnachtsfeiertag im Dom getauft. Möglicherweise war die Geburt des zweiten Kindes ein Grund dafür, dass die Familie in dieser Zeit in die Nikolaistraße 79 umzog.

Über das konkrete Leben der Familie Wolfowicz in den ersten Jahren nach 1933 ist wenig bekannt. Die Maßnahmen der Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung zeigten sich u.a. darin, dass das Geschäft von Boris Wolfowicz im Gewerberegister

des Einwohnerverzeichnisses 1934/35 nicht mehr aufgeführt war. Über die Erfahrungen, die der Sohn Hans Günter in jenen Jahren mit seinen Lehrern und Mitschülern machte, ist leider nichts überliefert. Was Boris Wolfowicz 1925 zu seinem Religionswechsel bewogen haben mag, ist ebenfalls nicht bekannt. Es könnten religiöse Gründe gewesen sein. Auch die Liebe zu seiner evangelischen Frau könnte ihn dazu bewogen haben. Es könnte aber auch das Bedürfnis gewesen sein, sich zu assimilieren und der Mehrheit im neuen Lebensumfeld zu entsprechen. Angesichts der NS-Rassenpolitik bot ein solcher Schritt allerdings keinen Schutz vor Verfolgung. Das hatten nicht zuletzt die sogenannten „Nürnberger Rassegesetze“ vom Herbst 1935 deutlich gemacht.

Ob Boris Wolfowicz die wachsende Bedrohung durch die Maßnahmen der NS-Rassenpolitik selbst klar erkannt hatte oder ob er gute Berater besaß, wissen wir nicht. Auf jeden Fall versuchte er, die Angelegenheiten seiner Familie noch vor dem Novemberpogrom 1938 zu ordnen und zu entscheiden. Er überließ seiner nichtjüdischen Frau das Geschäft in Stendal und verließ die Stadt am 17. August 1938. Die behördliche Einwohnermeldekartei vermerkte als Zielort Lüttich in Belgien. Wenige Wochen später, im Oktober 1938, folgte ihm der erst dreizehnjährige Sohn Hans Günter nach. In Belgien lebten offenbar Verwandte von Boris Wolfowicz. Ein Bruder seines Vaters besaß in Brüssel ein Textilkaufhaus. Doch die Zeit der Sicherheit war auch hier nur von begrenzter Dauer, denn bereits im Frühjahr 1940 wurde Belgien von Nazi-Deutschland überfallen. Damit kamen auch auf die Juden in Belgien Deportationen zu.

Welche Pläne die getrennt lebende Familie noch miteinander verbanden, welche Hoffnungen sie noch erfüllt haben mögen – wir wissen es nicht. Während Gertrud Wolfowicz mit ihrer kleinen

Tochter Gisela weiter in Stendal lebte und das Geschäft weiterführte, führte der Weg von Boris Wolfowicz schließlich nach Theresienstadt, und der Sohn Hans Günter wurde in das „Kinder-KZ Eschwege“ deportiert.

Im Frühjahr 1945 wurde das KZ Eschwege von der US-Armee befreit. Damit gelangte auch der inzwischen zwanzigjährige Hans Günter Wolfowicz in die Freiheit. Er war aufgrund seines Erlebens während des mehrjährigen Aufenthalts im KZ Eschwege traumatisiert und wollte so schnell wie möglich Deutschland verlassen. Schließlich wusste er auch nicht, ob seine Familie überlebt hatte. In dieser offenen Situation fügten sich die Dinge so, dass er in eine in New York lebende deutsch-amerikanische Familie gelangte, die ihn adoptierte. Er nahm den Namen George Wolf an und übernahm nach dem Tod seines Adoptivvaters dessen Geschäft in New York.

Auch Boris Wolfowicz überlebte Deportation und KZ und kehrte nach dem Krieg nach Stendal zu Ehefrau und Tochter zurück. Im Adressbuch 1947/48 wurde als Wohn- und Geschäftsadresse

B. Wolfowicz, Kürschner und Mützenmacher
Nikolaistraße 23
*Pelzwaren * Hüte * Mützen*

Pestalozzistraße 19 (heute Mozartstraße 1) angegeben. In diese Nachkriegszeit fiel auch die Konfirmation der Tochter Gisela am 3. April 1949. Zu dieser Zeit lebte die Familie bereits in der Breiten Straße 48. In diesem Eckhaus hatte Boris Wolfowicz irgendwann nach seiner Rückkehr ein Pelzgeschäft eröffnet. Eine äußerst schmerzliche Erfahrung kam im darauf folgenden Jahr auf die Familie zu. Am 18. Mai 1950 starb die erst sechzehnjährige Tochter Gisela an einer Hirnhautentzündung. Von den USA aus hatte der Sohn Hans Günter (George Wolf) inzwischen Kontakt zu den Eltern in Stendal aufgenommen und sie mehrfach hier besucht.

Überliefert ist auch, dass das Ehepaar Wolfowicz in den 1950er Jahren im Einverständnis mit der Jüdischen Gemeinde Magdeburg im Gebäude der ehemaligen Synagoge am Ostwall gewohnt hat. Das gelang erst nach einem längeren Konflikt mit dem Rat der Stadt Stendal, der in der Synagoge zunächst eine Kindereinrichtung untergebracht hatte. Der Einzug des Ehepaares Wolfowicz in die ehemalige Synagoge mag zunächst verwundern, denn Boris Wolfowicz war, wie oben berichtet, 1925 getauft und demzufolge, wie seine Ehefrau, Mitglied der evangelischen Kirche. Man kann nur vermuten, dass ihn die leidvollen Erfahrungen, die er während der NS-Zeit hat machen müssen, möglicherweise bewogen haben, wieder zur jüdischen Religion zurückzukehren. So ist er wohl bald nach seiner Rückkehr 1945 in die Jüdische Gemeinde Magdeburg eingetreten. In einem Fragebogen aus dieser Zeit hatte er auch für seinen Sohn „mosaisch“, für seine Frau und seine Tochter jedoch jeweils „evangelisch“ angegeben.

Boris Wolfowicz verstarb am 17. Mai 1963 in Stendal. Eine Grabstätte auf dem jüdischen Friedhof in Stendal ist allerdings nicht vorhanden. In der Nachkriegszeit bestand übrigens eine freundschaftliche Verbindung zwischen Gertrud Wolfowicz und Pauline Kraskin, der Witwe von Edel Kraskin. Im Dezember 1970 heiratete Gertrud Wolfowicz den verwitweten Kreisrichter i.R. Dr. Samuel Siegfried Cahn. Sie starb am 2. Mai 1981 in Stendal.



Schminkspiegel der Firma Wolfowicz, ca. 1930

Dr. Julius und Ilse Charig geb. Mosheim

Karlstraße 2 / Grabenstraße 4
Von Dr. Reinhard Creutzburg

Im Sommer 1929 zog der damals 32-jährige Rechtsanwalt Dr. Julius Charig mit seiner Frau Ilse geb. Mosheim nach Stendal. In der Karlstraße 2, unweit des Landgerichtsgebäudes, eröffnete er am 13. August eine Kanzlei. Noch heute kann der aufmerksame Passant an der verschmutzten Frontseite des Hauses den Hinweis erkennen: „Dr. Charig Rechtsanwalt“. Wenige Wochen später erschien die 14-jährige Volksschülerin Erna Siggelkow aus der Weberstraße 13 in der Kanzlei. Sie suchte eine Lehrstelle. Später erinnerte sie sich an Dr. Charigs abschlägige Antwort: Er könne sie nicht einstellen „wegen der sich entwickelnden politischen Situation“. Damit deutete er an, dass er bereits persönliche Erfahrungen mit dem erstarkenden Antisemitismus gemacht hatte.



Dr. Julius Charig

Julius Charig wurde am 26. Juni 1897 als Sohn jüdischer Eltern in Laufen/Bayern geboren. Er wuchs dann allerdings in Eberswalde auf, wo sein Vater als Kaufmann tätig war. Nach der Not-Reifeprüfung 1915 kam er als Achtzehnjähriger an die Front und erhielt im Laufe des Krieges mehrere Auszeichnungen, auf die er sich nach 1933 berufen wird. Nach Studium und Referendarexamen promovierte er und bestand 1924 das Assessor-Examen. 1925 ließ er sich als Rechtsanwalt in Emden nieder, wo er sich besonders mit der antisemitischen Hetze des evangelischen Inselpfarrers Ludwig Münchmeyer auf Borkum zu befassen hatte. Vor diesem Hintergrund kam es 1926 zu einem Aufsehen erregenden Prozess, der den jungen Anwalt Dr. Charig deutschlandweit bekannt machte. Auch die lokale Presse in Stendal berichtete damals über diesen Prozess.

Der für Dr. Charig günstige Prozessausgang hatte allerdings einen hohen Preis. Als jüdischer Anwalt verlor er in der Folgezeit viele Mandanten und sah sich gezwungen, seine Kanzlei in Emden im April 1927 aufzugeben. In den folgenden beiden Jahren versuchte er beruflich in Berlin Fuß zu fassen und wieder als Anwalt tätig zu werden. Doch scheint diese Entscheidung nicht zukunftsfähig gewesen zu sein, denn nach zwei Jahren entschloss er sich, in Stendal eine Kanzlei zu eröffnen.

Im Frühjahr 1933 stimmten immer mehr Menschen der Politik der Nationalsozialisten zu, obwohl der Antisemitismus von Anfang an zu deren Parteiprogramm gehörte. In der Altmark waren zu dieser Zeit außer Dr. Charig noch zwei weitere jüdische Juristen tätig: Amtsgerichtsrat Rudolf Gerson in Salzwedel und Dr. Iwan Wahlburg in Stendal. Vom „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ wurde bereits im März 1933 gefordert, dass „fremdrassigen Anwälten“ die Zulassung „sofort zu entziehen“ sei. Im Blick auf den Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Anwälte am 1. April 1933 ist anzuneh-

men, dass sich auch vor der Kanzlei Dr. Charigs in der Karlstraße SA-Posten aufhielten. Ein Erlass der preußischen Justizverwaltung forderte jüdische Anwälte auf, einen Antrag auf Beurlaubung zu stellen. Im Falle der Weigerung sei ihnen das Betreten des Gerichtsgebäudes zu verbieten.

Diese Maßnahmen entbehrten jedoch jeglicher gesetzlichen Grundlage. Das änderte sich mit der Verabschiedung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933. Es sah u.a. vor, „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen“. Allerdings gab es durch einen Einspruch des Reichspräsidenten eine Ausnahmeregelung, auf die sich Dr. Charig berufen konnte. Sie galt all jenen jüdischen Mitbürgern, „die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich [...] gekämpft“ hatten. Daraufhin schilderte Dr. Charig in einem Schreiben vom 27. April 1933 dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Naumburg seinen Einsatz im ersten Weltkrieg und fügte als Nachweis seine Auszeichnungen bei. Aufgrund dieser Regelung konnten Dr. Charig und

andere Betroffene ihre anwaltliche Tätigkeit zunächst fortsetzen.

Im April 1937 zogen die Charigs zur Grabenstraße 4 um. Das dortige Haus gehörte dem jüdischen Pferdehändler Jakob Dänemark. Was mag das Ehepaar Charig zu diesem Schritt bewogen haben? Waren die Einkünfte zu gering geworden, so dass die Mietkosten für die Kanzlei nicht mehr bezahlt werden konnten? Schließlich hatte sich die Situation durch die „Nürnberger Gesetze“ vom Herbst 1935 weiter verschlechtert. Oder hatten freundschaftliche Beziehungen zur Familie Dänemark zu diesem Umzug geführt? Auch wissen wir nicht, ob die Charigs Kontakt zu dem im Alten Dorf 13 im Ruhestand lebenden jüdischen Amtsgerichtsrat Dr. Wahlburg pflegten. Er war mit einer evangelischen Frau verheiratet und zog im März 1935 nach Berlin. Die „Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 27. September 1938 brachte schließlich das Ende der anwaltlichen Tätigkeit. „Soweit Juden noch Rechtsanwälte sind, scheiden sie [...] aus der Rechtsanwaltschaft aus“, hieß es nun im Reichsge-



Gedenktafel im Foyer des Landgerichts

setzblatt. Die Leitungen des Amtsgerichts und des Landgerichts in Stendal teilten Ende November dem Reichsminister der Justiz mit, dass Dr. Charig aus der Liste der zugelassenen Anwälte „gelöscht“ worden sei.

Seit dem „Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden“ vom April 1939 versuchte die Stadtbehörde, weitere jüdische Bürger in der Grabenstraße 4 zu konzentrieren. Neben Familie Dänemark und dem Ehepaar Charig lebten hier bereits Bruno Gabriel und Feiga Adler. Mit Blick auf die sich zuspitzende Situation drängt sich die Frage auf, warum das relativ junge und kinderlose Ehepaar Charig noch immer in Deutschland lebte. Gleichwohl dachten sie an eine Emigration und standen mit Ilse Charigs Familie in den USA in Kontakt. Es gab offenbar wechselnde Pläne und daneben immer wieder Unsicherheiten und Schwierigkeiten. In einem Brief vom 10. April 1942 teilten die Charigs ihren Verwandten mit, dass sie am 13. April „deportiert“ werden würden. Ein letzter Brief erreichte die Angehörigen am 16. April 1942 über das Rote Kreuz aus Warschau.

Damit verliert sich die Spur der Charigs noch nicht völlig. Nach dem Krieg beantragten die Angehörigen ein gerichtliches Verfahren mit dem Ziel der Todeserklärung. Vor diesem Hintergrund wandte sich das Stendaler Amtsgericht an alle, „welche Auskunft über Leben und Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen“. Daraufhin meldete sich eine Stendalerin und erklärte an Eidesstatt, dass die Charigs „persönliche Bekannte“ von ihr gewesen seien, mit denen sie nach der Deportation durch einen polnischen Vermittler „längere Zeit in Briefwechsel gestanden“ habe. Auf diese Weise habe sie am 25. März 1943 die Nachricht erhalten, dass Dr. Charig verstorben und seine Frau „verschickt“ worden sei. Aufgrund dieser Aussage wurde als Todestag von Julius Charig der 25. März 1943 und für Ilse Charig der 1. April 1943 gerichtlich „festgestellt“.

Die 2011 enthüllte Gedenktafel für Dr. Julius Charig im Foyer des Stendaler Landgerichts enthält durch ihre gebrochene Gestalt eine berührende Symbolik. Der Betrachter wird dadurch an die gewaltsam abgebrochene Biografie Dr. Charigs erinnert. Das ausgewählte Zitat aus dem Buch „Prediger Salomo“ Kapitel 4 Vers 1 bringt dem Betrachtenden die ganze menschliche Tragik eindrücklich nahe:

„Ich wandte mich und sah alles Unrecht,
das geschah unter der Sonne,
und siehe, da waren Tränen derer,
so Unrecht litten und hatten keinen Tröster, und die
ihnen Unrecht taten, waren zu mächtig,
dass sie keinen Tröster haben konnten“

Familie Dänemark

Grabenstraße 4
Von Reinhard Opitz und Sylvia Gohsrich

Er ist der einzige Name einer ehemaligen jüdischen Familie Stendals, der noch heute, von Stolpersteinen abgesehen, im Stadtbild präsent ist: Dänemark, in anderen Quellen auch als Denemark erwähnt. An einem Giebel in der Beckstraße prangt weithin sichtbar der großformatige Schriftzug „J. Dänemark Pferdehandlung“.

Es ist das Eckhaus Grabenstraße 4, das der Investor bei der Sanierung des Gebäudes um 2013/14 mit dieser Erinnerung an das Schicksal der Familie von Jakob Dänemark versehen ließ. Vor dem Haus weisen zwei Stolpersteine auf Dr. Julius und Ilse Charig hin, die, ebenfalls von den Nazis ermordete Juden, wie die Dänemarks zuletzt in der Grabenstraße 4 gelebt hatten.

Hinter der freundlichen ockerfarbenen Fassade verbirgt sich eine traurige Geschichte, die hier, angelehnt an einen Beitrag in der Stendaler Volksstimme vom 10. April 1998, noch einmal erzählt werden soll. Sie beginnt mit einer unauslöschlichen Erinnerung.

Im Frühjahr 1942 verlässt eine kleine Gruppe von Frauen, streng bewacht, das Grundstück Grabenstraße 4. Mit hübschem Hut und kleiner Tasche wie zu einem Sonntagsspaziergang hergerichtet, hat Mathilde Dänemark, genannt Tilly, den Arm ihrer Mutter, Ida Adler, fest an sich gezogen. Auch Auguste Cohn, die Witwe des Geschäftsmannes Richard Cohn, die bis zu ihrer Enteignung zusammen ein Wäschegeschäft in der Kleinen Hallstraße betrieben haben, gehört zu der kleinen Gesellschaft.

Wohin die Frauen geführt wurden, das wusste auch die ehemalige Nachbarin Ursula Schütte nicht, die die Szene als Kind vom Fenster aus beobachtet hatte und Jahrzehnte später der Tangerhütter Heimatforscherin Ruth Wolf schilderte. Fest steht nur, dass sie nie wieder in Stendal gesehen wurden. Das Haus an der Uchte war die heimische Endstation dieser und wahrscheinlich weiterer Stendaler jüdischen Glaubens. Im Pferdestall auf dem kleinen Hof wurden diejenigen gesammelt, die es nicht mehr rechtzeitig geschafft hatten auszuwandern –



Ida Adler, Mathilde, Wolfgang und Jakob Dänemark,



Jakob Dänemark

oder es gar nicht schaffen wollten –, bevor sie in die Vernichtungslager deportiert wurden. Dieses Haus, das von den Nazis für diese traurige Aufgabe umfunktioniert worden war, gehörte dem aus Polen stammenden Pferdehändler Jacob Dänemark, genannt Jankel, dem Ehemann von Mathilde.

Mit dem Namen Chaim Dänemark taucht erstmalig ein Pferdehändler dieses Nachnamens im Stendaler Adressbuch des Jahres 1906 auf, ansässig in der Bismarckstraße 23. 1912 handeln an dieser Adresse B. und Karl Dänemark mit Pferden. Im Januar 1919 übernimmt Jakob Dänemark diese Firma, im August desselben Jahres ergänzt durch einen Fellhandel in der Bahnhofstraße 52. Das Adressbuch von 1928/29 führt den Wohnsitz von J. Dänemark nicht mehr in der Bismarckstraße 23, sondern nunmehr unter der Adresse Grabenstraße 4 auf. Vor dem 24. August 1924 – da gibt es im Stendaler Bauarchiv einen aktenkundigen Vermerk „betr. J. Dänemark“ wegen baulicher Mängel – muss Jakob das Gebäude in der Grabenstraße erworben haben. Das Adressbuch 1938/39 benutzt die Schreibweise Jankel

Denemark und enthält im Exemplar des Stendaler Standesamtes den handschriftlichen Vermerk „Jude“. Am 6. März 1939 wird seine Gewerbeanmeldung von 1919 „gelöscht von Amtswegen“.

Nach der schrecklichen Pogromnacht vom November 1938, die als „Kristallnacht“ in die Geschichte einging, ist er wie viele andere Stendaler Juden verhaftet und verschleppt worden. In den Akten finden sich die Daten eines langen Leidensweges: Juli bis September 1939 KZ Dachau, September 1939 bis März 1942 KZ Buchenwald, März 1942 bis Oktober 1942 KZ Ravensbrück, Oktober 1942 bis Januar 1943 KZ und Vernichtungslager Auschwitz. In den Sterbebüchern von Auschwitz ist der Tod eines „Jankel Israel Denemark“, geboren am 28. August 1895 im nordostpolnischen Szczuczyn, verstorben am 3. Januar 1943, vermerkt. Handelt es sich dabei um den Jacob Dänemark, der aus Stendal verschleppt worden war? Andere Quellen scheinen dem zu widersprechen.

Ob dem im Jahr 1932 in Stendal geborenen Sohn der Dänemarks, Wolfgang, die Flucht vor den Nazis gelang, war lange Zeit ungewiss. Ein Foto im Familienalbum, das über die Hitlerdiktatur gerettet wurde, zeigt den Jungen Wolfgang Dänemark 1941 in Hamburg, von wo er nach Belgien weitergereist sein soll. Das Landesarchiv Magdeburg teilt dem Stadtarchiv 2018 aber mit: „Am 14.4.1942 sind (...) 7 Stendaler Juden nach Warschau deportiert worden: Feiga Adler, Julius und Ilse Charig, Auguste Cohn, Mathilde und Wolfgang Dänemark, Alfred Simonsohn.“

Nach Erkenntnissen der Gedenkstätte Yad Vashem sind die Bewohner*innen des sogenannten „Judenhauses“ Grabenstraße 4 alle ins Warschauer Ghetto deportiert und höchstwahrscheinlich schon im Juli



Wolfgang Dänemark in Hamburg

1942 in das Vernichtungslager Treblinka transportiert und dort getötet worden.

Einzige Überlebende der Familie Dänemark ist eine Schwester des Pferdehändlers, so eine Erkenntnis des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt. Anna Dänemark konnte rechtzeitig nach Paris und schließlich nach Amerika fliehen.

Am 7. September 1939 fordert das Baupolizeiamt den längst verschleppten Jankel Denemark auf, die Front seines Hauses zur Uchte hin instandsetzen zu lassen. Denn, so heißt es in dem im Stendaler Bauarchiv aufbewahrten Schreiben, sie „entspricht nicht mehr den Forderungen, die nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. 11. 1936 über Baugestaltung im Interesse der einheitlichen Gestaltung des Straßenbildes gestellt werden müssen“. Unter anderem möge er eine Reklametafel beseitigen. Für die Erneuerung der Fassade wird dem Pferdehändler eine Frist von 14 Tagen gelassen. Seien die Arbeiten bis dahin nicht erledigt, würden sie vom Amt auf Kosten des Hausbesitzers in



Grabenstraße 4, 2020

Bürgern eingeräumte Beschwerderecht ist auf dem Schreiben mit Bleistift durchgestrichen worden.



Grabenstraße 4 um 1930

Alfred Simonsohn

Breite Straße 7
Von Sylvia Gohsrich

Am 2. August 2011 wurde der Stolperstein für Alfred Simonsohn vor dessen Wohnhaus in der Breiten Straße 7 in Stendal verlegt. Der Neffe von Alfred Simonsohn, Luis Simonsohn aus Santiago de Chile, war bei der Verlegung anwesend und berichtete über seinen Onkel:

„Im Dezember 1938 habe ich mich für immer von meinem Onkel Alfred, kurz Fredy gerufen, verabschiedet. Damals habe ich mir auch in meinen schlimmsten Träumen kein so grausames Ende für sein Leben denken können (...).

Fredy wurde als viertes Kind meiner Großeltern Georg und Louise Simonsohn am 30. Juni 1896 in Stendal geboren. (...)

Fredys Lebensgeschichte ist untrennbar von all dem, was uns an Anna Voigt erinnert. Anna, geboren in Arneburg, kam, vierzehn Jahre alt, als Haushilfin in den Haushalt meiner Großeltern. Immer wieder wurde in unserer Familie vom ersten Tag ihrer Tätigkeit gesprochen. Mittags hörte meine Großmutter Weinen in der Küche. Anna sagte: ‚Noch nie habe ich allein essen müssen‘. Von dem Tag an war Anna Kind im Haus und saß mit allen am Tisch.

Bald nach ihrer Ankunft im Haus erkannte Anna, dass etwas mit Fredys Denken und Handeln nicht in Ordnung war. Sie war es auch, die Fredys Eltern darauf aufmerksam machte, dass sie ein krankes Kind zur Welt gebracht hatten. Einen lieben Menschen, dessen Verstand (...) es aber nie viel weiter brachte als ein Kind im Pubertätsalter. Meine Großmutter, die von Anna auf ihrem Sterbebett (...) gepflegt wurde, bat sie im Winter 1919 um ihr Wort, dass sie Fredy behüten und beschützen würde. Ein Wort, welches Anna gehalten hat. (...)

Früh erkannte Anna (die das Geschäft von den Großeltern übernommen hatte, Anm. d. V.), dass sie sich vergrößern musste und zog in den Laden, vor dem wir jetzt stehen. Sie führte wöchentliche Abzahlungsmöglichkeiten ein und es wurde Fredys Aufgabe, in Stendal herumzuwandern, um die Quoten zu kassieren. Vielleicht befindet sich unter den anwesenden Stendalern noch der Eine oder Andere, der sich daran erinnert, dass man damals

den Konfirmationsanzug hier im Geschäft gekauft hat. Und vielleicht erinnert man sich sogar an den jungen Mann, der kam, um zu kassieren – (...) aber nie Wechselgeld geben konnte. (...) Die 2,50 Mark, die bereits in seiner Tasche waren, waren ja von einem anderen Kunden und konnten nicht verausgabt werden.

Im Jahr 1938 wurde die Naziverfolgung unerträglich, und wir verließen Deutschland.

Der Stürmer war in Stendal an allen Ecken in Schaukästen ausgehängt, eines Tages (...) mit der Schlagzeile: ‚Wer von einem Juden frisst, stirbt daran.‘ Anna hatte den Mut, zur Behörde zu gehen um auszusagen: ‚Viele Jahre habe ich von dem Juden gelebt. Er ist gestorben, aber ich lebe noch. Also, Sie lügen.‘

Diese Auflage des Stürmers verschwand in Stendal. Bald kamen Briefe von Anna, dass es die Nazis ihr nicht mehr erlauben wollen, einen Juden im Haus zu haben. (...)

Erst kam der Krieg und erst viel später erfuhren wir von Annas Bemühungen, Fredy bei sich zu behalten und ihn zu schützen. Von den vielen Malen, in denen sie sich bemühte, ihren Pflegling bei sich wohnen zu haben, sind nur wenige Dokumente geblieben. Oft berief sie sich auf ihre legale Verpflichtung in dieser Beziehung. (...) Wir wissen nicht, welcher Druck ausgeübt wurde, welche Demütigungen Anna und Fredy haben auf sich nehmen müssen. Am Ende (...) wurde Fredy festgenommen. (...) Noch ein Lebenszeichen erhielt Anna über Fredy, er sei im War-



Anna Voigt, 3. von links, im Kreise ihrer Familie, ca. 1930

schauer Ghetto angekommen. Diese Nachricht dürfte von einem Leidensgefährten Fredys gesandt worden sein, denn ich bezweifle, ob Fredy je in der Lage war, Nachrichten zu senden.“¹

Nach heutiger Aktenlage wurde bereits am 13. Mai 1939 von Seiten der Stadt Stendal geplant, dass Alfred Simonsohn aus dem Haus kommt. Es heißt: „Im Hause Adolf-Hitler-Straße 7 (arisch) wohnt bei der Geschäftsinhaberin Anna Voigt der jüdische Kaufmann Alfred Simonsohn. Dieser könnte vielleicht in der Grabenstraße 4 (Haus des Jacob Dänemark, Anm. d.V.) untergebracht werden.“²

Anna Voigt kann eine Zwangsumsiedlung in das sogenannte „Judenhaus“ zunächst verhindern und unterschreibt die Mitschrift ihrer mündlichen Aussage: „Simonsohn ist von Geburt an geistes- schwach und in seinem ganzen Tun und Denken so kindisch. Ohne hinreichende Pflege kann er nicht sein...“³

Anfang 1942 wendet sich Anna Voigt persönlich an die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ in Berlin. Die Mitarbeiter der Bezirksstelle Brandenburg-Pommern der Reichsvereinigung verfassen Anna Voigt eine Bescheinigung, wonach sie „vorgesprochen hat mit dem dringendem Ersuchen, den bei ihr untergebrachten Juden Alfred Israel Simonsohn, geb. 30.06.1896, in ein Heim oder eine Anstalt einzuweisen, weil behördlicherseits nicht länger geduldet werden könne, dass Simonsohn bei einer Arierin verbleibe. Wir haben uns sofort mit unserer Zentrale in Verbindung gesetzt wegen einer Unterbringung in der hierfür in Betracht kommenden jüdischen Anstalt in Sayn bei Koblenz.“ Zu dieser Unterbringung kam es nicht mehr.⁴

Nach Unterlagen des Stadtarchivs in Stendal sind die Bewohner*innen des sogenannten „Judenhauses“ Grabenstraße 4, unter ihnen Alfred Simonsohn, in das Warschauer Ghetto deportiert worden.⁵ Nach Erkenntnissen des Landesarchivs Magdeburg wurden alle im April 1942 aus Stendal über Magdeburg in das Warschauer Ghetto Deportierten höchstwahrscheinlich schon im Juli 1942 in das Vernichtungslager Treblinka deportiert und dort ermordet, ohne dass Namenslisten oder Todesurkunden ausgestellt wurden.⁶



Stolperstein Alfred Simonsohn

Quellen

Spuren jüdischen Lebens in Stendal vom 13. Jahrhundert bis 1942

- 1 Hebräisch für „große Katastrophe“ oder „Untergang“, bezeichnet den industriell organisierten Massenmord an Jugend während der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1945.
- 2 Stadtarchiv Stendal S. 173
- 3 Heise 1932, S. 8
- 4 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal , 1,31 (36); Eisenberg, Nina: Studienarbeit Dokumentationsprojekt „Synagogen in Sachsen-Anhalt“. Objekt: Synagoge Stendal Ostwall 21- 1998 (BA34), S. 27
- 5 Geschichte jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt – 1997 (HB 155), S. 252
- 6 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal 1,60 (62).
- 7 Landsberger 1882 S. 170
- 8 Märkische Forschungen Band XIV (1878): Nachdruck der Urkunde „Der Rath zu Stendal verpachtet den Gerbern zwei Häuser zur Auslegung ihrer Waare, und bestimmt zugleich die Bedingungen, unter denen sie und auswärtige Gerber dies zu bewirken haben“ von 1327; S. 257
- 9 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal 1,263
- 10 Situationsplan von Stendal 1861, gedruckt in Magdeburg bei W. Platt, Magdeburg. Stadtarchiv Stendal Johann Jacob Kunckel, Grundriss der hiesigen Hauptstadt Stendal, 1755-1758, Deutschland
- 11 Landsberger S. 178
- 12 Götze, Ludwig, und Paul Kupka. Urkundliche Geschichte der Stadt Stendal. Original von 1873, Naumburger Verlagsanstalt, Nachdruck von 2010. 1873. S. 147 f.
- 13 Werner Heise: Die Juden in der Mark Brandenburg bis zum Jahr 1510, (1931) S. 102. Genaue Quellen für die Vorgänge liegen in Stendal nicht vor, es kann nur anhand des Briefes vom 11. November 1351 von Markgrafen Otto darauf geschlossen werden. –siehe auch Landsberger (1882) S. 178, Fußnote 1.
- 14 Werner Heise S. 117
- 15 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal 1,101 (171).
- 16 Landsberger S. 179
- 17 Landsberger S. 180
- 18 Landsberger S. 180 f. Die Regelungen zum Geldverleih sind sehr nachteilig für die jüdischen Geschäftsinhaber ausgestaltet.
- 19 Landsberger S. 181
- 20 Heise S. 297 ff.
- 21 Eschwege, Helmuth; Ruth Wolf: Von den Juden der Stadt Stendal. Ungedrucktes Manifest (um 1995)
- 22 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal (1,31), (1,60), (1,101), (1,263)
- 23 Heise Teil II S. 76
- 24 „Verschiedene Juden-Angelegenheiten (lose)“, 1805. Stadtarchiv Stendal, V 102/13
- 25 „Vertrag der hiesigen Judenschaft wegen des Michael Levin'schen Bethauses“, 1791. Stadtarchiv Stendal. V 102/10
- 26 Ruth /Eschwege S. 3
- 27 Möllmann, Chr.: Chronik der Stadt Stendal, 1873
- 28 Ebenda
- 29 Altmärkisches Intelligenz und Leseblatt vom 29.04.1859, Stadtarchiv Stendal???
- 30 Chronik der Stadt Stendal, S. 4
- 31 Historische Bauakte Deichstraße 15, Stadtarchiv Stendal
- 32 Historische Einwohnermeldekartei, Stadtarchiv Stendal
- 33 Möllmann, Chr.: Chronik der Stadt Stendal, 1873, S. 238
- 34 Altmärkisches Intelligenz- und Leseblatt vom 03. August 1886, Stadtarchiv Stendal
- 35 Stadtarchiv Stendal: Akte 703-707: Abwicklung jüdischer Geschäfte und Mietverhältnisse mit Juden 1938-1942;
- 36 „Der Vorstand des israelitischen Religionsvereins E.V.“ vom: 01.10.28, Archiv der Synagogen-Gemeinde Magdeburg, Kopie in der Sammlung Holger Huth, II. Anlagen zu den zentralen Karteikarten,
- 37 Der Altmärker Stendal vom 01.04.1933
- 38 Bernd Volker Brahms: 75 Jahre Pogrom. Was geschah in Stendal? In: Volksstimme Ausgabe Stendal vom 08. November 2011, S. 17
- 39 Siehe auch Artikel von Dorothea Knauerhase in diesem Band.
- 40 Geschichte jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt. Versuch einer Erinnerung, hrsg. vom Landesverband Jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt, Wernigerode 1997
- 41 Bernd Volker Brahms: 75 Jahre Pogrom. Was geschah in Stendal? In: Volksstimme Ausgabe Stendal vom 08. November 2011, S. 17

- 1 Hebräisch für „große Katastrophe“ oder „Untergang“, bezeichnet den industriell organisierten Massenmord an Jugend während der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1945.
- 2 Stadtarchiv Stendal S. 173
- 3 Heise 1932, S. 8
- 4 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal , 1,31 (36); Eisenberg, Nina: Studienarbeit Dokumentationsprojekt „Synagogen in Sachsen-Anhalt“. Objekt: Synagoge Stendal Ostwall 21- 1998 (BA34), S. 27
- 5 Geschichte jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt – 1997 (HB 155), S. 252
- 6 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal 1,60 (62).
- 7 Landsberger 1882 S. 170
- 8 Märkische Forschungen Band XIV (1878): Nachdruck der Urkunde „Der Rath zu Stendal verpachtet den Gerbern zwei Häuser zur Auslegung ihrer Waare, und bestimmt zugleich die Bedingungen, unter denen sie und auswärtige Gerber dies zu bewirken haben“ von 1327; S. 257
- 9 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal 1,263
- 10 Situationsplan von Stendal 1861, gedruckt in Magdeburg bei W. Platt, Magdeburg. Stadtarchiv Stendal Johann Jacob Kunckel, Grundriss der hiesigen Hauptstadt Stendal, 1755-1758, Deutschland
- 11 Landsberger S. 178
- 12 Götze, Ludwig, und Paul Kupka. Urkundliche Geschichte der Stadt Stendal. Original von 1873, Naumburger Verlagsanstalt, Nachdruck von 2010. 1873. S. 147 f.
- 13 Werner Heise: Die Juden in der Mark Brandenburg bis zum Jahr 1510, (1931) S. 102. Genaue Quellen für die Vorgänge liegen in Stendal nicht vor, es kann nur anhand des Briefes vom 11. November 1351 von Markgrafen Otto darauf geschlossen werden. –siehe auch Landsberger (1882) S. 178, Fußnote 1.
- 14 Werner Heise S. 117
- 15 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal 1,101 (171).
- 16 Landsberger S. 179
- 17 Landsberger S. 180
- 18 Landsberger S. 180 f. Die Regelungen zum Geldverleih sind sehr nachteilig für die jüdischen Geschäftsinhaber ausgestaltet.
- 19 Landsberger S. 181
- 20 Heise S. 297 ff.
- 21 Eschwege, Helmuth; Ruth Wolf: Von den Juden der Stadt Stendal. Ungedrucktes Manifest (um 1995)
- 22 Urkundendatei Stadtarchiv Stendal (1,31), (1,60), (1,101), (1,263)
- 23 Heise Teil II S. 76
- 24 „Verschiedene Juden-Angelegenheiten (lose)“, 1805. Stadtarchiv Stendal, V 102/13
- 25 „Vertrag der hiesigen Judenschaft wegen des Michael Levin'schen Bethauses“, 1791. Stadtarchiv Stendal. V 102/10
- 26 Ruth /Eschwege S. 3
- 27 Möllmann, Chr.: Chronik der Stadt Stendal, 1873
- 28 Ebenda
- 29 Altmärkisches Intelligenz und Leseblatt vom 29.04.1859, Stadtarchiv Stendal???
- 30 Chronik der Stadt Stendal, S. 4
- 31 Historische Bauakte Deichstraße 15, Stadtarchiv Stendal
- 32 Historische Einwohnermeldekartei, Stadtarchiv Stendal
- 33 Möllmann, Chr.: Chronik der Stadt Stendal, 1873, S. 238
- 34 Altmärkisches Intelligenz- und Leseblatt vom 03. August 1886, Stadtarchiv Stendal
- 35 Stadtarchiv Stendal: Akte 703-707: Abwicklung jüdischer Geschäfte und Mietverhältnisse mit Juden 1938-1942;
- 36 „Der Vorstand des israelitischen Religionsvereins E.V.“ vom: 01.10.28, Archiv der Synagogen-Gemeinde Magdeburg, Kopie in der Sammlung Holger Huth, II. Anlagen zu den zentralen Karteikarten,
- 37 Der Altmärker Stendal vom 01.04.1933
- 38 Bernd Volker Brahm: 75 Jahre Pogrom. Was geschah in Stendal? In: Volksstimme Ausgabe Stendal vom 08. November 2011, S. 17
- 39 Siehe auch Artikel von Dorothea Knauerhase in diesem Band.
- 40 Geschichte jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt. Versuch einer Erinnerung, hrsg. vom Landesverband Jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt, Wernigerode 1997
- 41 Bernd Volker Brahm: 75 Jahre Pogrom. Was geschah in Stendal? In: Volksstimme Ausgabe Stendal vom 08. November 2011, S. 17

Der jüdische Friedhof

Geschichte jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt. Versuch einer Erinnerung, hrsg. vom Landesverband Jüdischer Gemeinden in Sachsen Anhalt, Wernigerode 1997

Synagogen in Sachsen-Anhalt, hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt, Berlin 1998

Internet: <https://juedische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/s-t/1872-stendal-sachsen-anhalt>

Einzelblatt „Der jüdische Friedhof“ (ohne Vf. und Jahr, fehlerhaft)

Arisierung- die Verdrängung der Stendaler Juden und Jüdinnen aus dem Wirtschaftsleben und die Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen

¹ <https://treemagic.org/rademacher/www.verwaltungsgeschichte.de/stendal.html> Deutsche Verwaltungsgeschichte 1871- 1990, Michael Rademacher 2007

² 4. Ablage, S. 22,1. Anlagen von Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen, Artikel in „Der Altmärker Anzeiger“ vom 21.03.1933,

³ <https://treemagic.org/rademacher/www.verwaltungsgeschichte.de/stendal.html> Deutsche Verwaltungsgeschichte 1871- 1990, Michael Rademacher 2007

⁴⁻⁷ „Der Altmärker Stendal“ vom 01.04.1933, Sammelmappe „Juden“, Stadtarchiv Stendal

⁸ vgl Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 328, C.H. Beck Verlag 2014

⁹ Historie der Stendaler Juden, 1988 Helmut Eschwege, Ruth Wolf, Sammelmappe „Juden“ (Texte, Zeitungsartikel, Grundrisse u.a. Dokumente) Stadtarchiv Stendal

¹⁰ Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 331, C.H. Beck Verlag 2014

¹¹ Verfolgt, verkauft, ermordet. Die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der Stendaler Juden in den Jahren 1938 – 1942, Daniel Kühn: Hausarbeit 2016, Fach Geschichte, Jetzeschule Salzwedel, S. 10

¹² Handbuch Sammlung Herr Huth, S.561, Boris Wolfowitz, Brief vom 15.02.1958 an die Synagogen-Gemeinde Magdeburg. Diese wurde im Auftrag des Rechtsanwalts Leonard 1958 aktiv, der die Kinder der Familie Chon Vertrat

¹³ Herbert Huth, Hauptbuch, Seite 40, aus Gedenkbuch der Stadt Vlotho für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung, S. 86. Ilse Charig, aus Sammlung Mosheim-Briefe, Rechtsanwalt Julius Charig am 13.3.1941 an seinen Schwager Herbert Mosheim

¹⁴⁻¹⁵ <https://www.allianz.com/de/ueber-uns/wer-wir-sind/geschichte/allianz-im-nationalsozialismus/lebensversicherungsapoliten/enteignung/die-staatliche-erfassung-juedischer-vermoegenswerte.html>

¹⁶ Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S. 332, C.H. Beck Verlag 2014

¹⁷ Schreiben Otto Nalenz an den Herrn Regierungspräsidenten, Magdeburg, vom 20. Januar 1939, Akte 360- 06, Stadtarchiv Stendal

¹⁸ Schreiben an den Herrn Regierungspräsidenten in Magdeburg, vom 16.12.38, Akte 360-06, Stadtarchiv Stendal

¹⁹ Auszug aus dem Grundbuch "über Verkäufe von jüdischem Grundbesitz", 1939 zugeordnet, Stadtarchiv Stendal, Akte 703-707

²⁰ Verfolgt, verkauft, ermordet. Die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der Stendaler Juden in den Jahren 1938 – 1942, Daniel Kühn Hausarbeit,2016, Fach Geschichte, Jetzeschule Salzwedel, S.18; 1.Auszug aus Grundbuch "über Verkäufe von jüdischem Grundbesitz" handschriftlich, ohne Zeitangabe, vermutlich 1939, Stadtarchiv Stendal, Akte 703-707
siehe auch: An den Regierungspräsidenten, Durchführung der Verordnung über die Nachprüfung von Entjudungsgeschäften 13.05.1941, Stadtarchiv Stendal, Akte 703-707

²¹ Reichsgesetzblatt (RGL I, S. 864)https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_über_Mietverhältnisse_mit_Juden

²²⁻²³ https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_über_Mietverhältnisse_mit_Juden

²⁴ Verfolgt, verkauft, ermordet. Die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der Stendaler Juden in den Jahren 1938 – 1942, Daniel Kühn Hausarbeit,2016, Fach Geschichte, Jetzeschule Salzwedel, S.32, 1 Brief des Kreisleiters Stendal der NSDAP v. 0 8. 12. 1941 an den Bürgermeister Parteigenossen Meyer, Betr.# Evakuierung der Juden in Stendal, Stadtarchiv Stendal, Akte 703-07

²⁵⁻²⁷ Abschrift: Möbelhaus Alfred Hübner, 06. Januar 1940, Schadewachten 32a, an den Oberbürgermeister der Stadt Stendal, Stadtarchiv 703-07

²⁸ Brief an d. Regierungspräsidenten Magdeburg zu „Mietverhältnissen mit Juden“ vom 08.07.1941, Stadtarchiv Stendal, Akte 703-707

²⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_3

30-34) <https://www.mdr.de/zeitreise/die-versteigerer-juden-im-dritten-reich-102.html>, Wie sich der NS-Staat jüdisches Eigentum einverleibte, Ankündigung zum Film von Filmemacher Jan N. Lorenzen und Michael Schönherr

Quellen und Literatur und Dr. Julius Charig

zu den Beiträgen über Edel Kraskin, Boris Wolfowicz

Stadtarchiv Stendal:

- Mappe Dr. Julius Charig;

diverse Beiträge 1933 ff.;

- Einwohnermeldekartei;

- Materialsammlung von Gerhard Lotsch: Jüdische Bürger der Stadt Stendal, 2011;

- Akte 703-07;

- „Altmärker Anzeiger“ und „Altmärkische Tageszeitung“;

- Adressbücher der Stadt Stendal;

- Erinnerungen von Frau Erna Heberlein, 1999;

Archiv des Kirchenkreises Stendal:

- Konfirmandenregister Dom St. Nikolaus 1926 ff.;

Nikolaus 1913-1930;

- Taufregister Dom St. Nikolaus 1913-1930;

- Trauregister Dom St.

- Kirchenbuch St. Jakobi 1914 – 1927;

Sammlung Dr. Reinhard Creutzburg:

- Recherche Frau Ritzmann-Striss zu Familie Dänemark (1988);

Wolfowicz (1988);

- Erinnerungen von Frau Erna Heberlein geb. Siggelkow (1999);

Zeitzeugenberichte und Erinnerungen:

- Recherche Frau Ritzmann-Striss zu Familie

- Bericht von Frau Arndts zu Familie Kulp (1987);

Holger Huth: Die Stendaler Juden in der Zeit des Nationalsozialismus

Quellen-und Literatursammlung auf CD-ROM

Presse-Beiträge:

- Opitz, Reinhard: Als die Synagoge in Flammen stand. Die faschistische Pogromnacht 1938 in Stendal (2), Volksstimme, 09.11.1988;

- Opitz, Reinhard: Das Haus von Jakob Denemark erzählt eine traurige Geschichte, Volksstimme, 20.04.1998;

- Opitz, Reinhard: (1), Volksstimme, 08.11.1988;

Literatur-Verzeichnis:

Sachsen-Anhalt“, Braunschweig 1998;

Recht. Verfolgte Rechtsanwälte jüdischer Herkunft im Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg (1933-1945), Magdeburg o.J., S. 38-41;

- Creutzburg, Reinhard: Rechtsanwalt Dr. jur. Julius Charig (1897-1943). In: Altmark-Blätter 29.Jg., Nr. 43/2018, S. 169-172 und Nr. 44/2018, S. 173-176;

- Creutzburg, Reinhard: Edel Kraskin und Boris Wolfowicz, zwei jüdische Existenzgründer in Stendal. Wege und Schicksale zwischen 1920 und 1960. In: Altmark-Blätter 31.Jg., Nr. 42/2020, S. 165-168 und Nr. 43/2020, S. 169-172

- Thies, Harmen: Dokumentationsprojekt „Synagogen in

- Prick, Georg: Anwalt ohne

Quellen Jakob Dänemark

Stadtarchiv Stendal, Mail von Herrn Thomas Freier nach Recherchen im Landesarchiv Magdeburg an das Stadtarchiv, Frau Ina Nitzsche, vom 26.10.2018.

Auszug aus einem Schreiben der Synagogengemeinde zu Magdeburg, Vorsitzender Hans Levy, vom 9. Februar 1989 an die Heimatforscherin Ruth Wolf: „Interessant für mich ist, dass noch ein

Familienfotoalbum existiert. Es wäre sehr schön, wenn mir die ehemalige Nachbarin dieses Album einmal überlassen könnte. Ich würde dann von einigen Photos Kopien anfertigen lassen. Insbesondere vom Pferdestall, falls es dabei ist, als Sammelobjekt der Stendaler Juden zur Deportation.“ Es handelt sich offenbar um Schilderungen von Zeitzeugen.

Schreiben der Stadt Stendal an den Regierungspräsidenten v. Jagow vom 19.09.1938, Seite 1, „Umsiedlung von Juden in Stendal“.

Adressbuch 1906

Adressbuch 1912

Adressbuch 1919

Adressbuch 1928/1929

Bauarchiv der Stadt Stendal

Adressbuch 1938/1939

1939 Gewerbeanmeldung gelöscht „von Amts wegen“

Bundesarchiv, Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945

Yad Vashem, Auszug aus dem Todesregister des staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau Seite 173/1943

Bundesarchiv, Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945

„Album Dänemark“, heute Holocaust – Museum Washington. Nachricht von Thomas Richter – Mendau: „Zu DDR-Zeiten war das Heißmangelgeschäft "Peters" in der Grabenstr. 4 ansässig. Die Familie hatte aus dem Haus ein Fotoalbum "gerettet" und ist mit diesem an mich herangetreten (...)

Superintendentin i.R. Gertraud Zachhuber schreibt in ihrer Gedenkschrift für die Verlegung des Stolpersteins für Alfred Simonsohn: „Seit kurzen ist der Forschungsabteilung der Gedenkstätte Yad Vashem bekannt, dass alle aus Magdeburg im April 1942 in das Ghetto Warschau Deportierten schon im Juli 1942 in das Vernichtungslager Treblinka deportiert und dort ermordet worden ohne dass das in Namenslisten oder Todesurkunden festgehalten wurde.“ Es fehlt der endgültige Nachweis, wie es diesen zum Beispiel im KZ Auschwitz durch die Todeslisten gab.

Auskunft „Landesamt jüdischer Gemeinden in Sachsen Anhalt“.

Stadtarchiv Stendal, Bauamt, der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde, Schreiben vom 7. September 1939

Quellen Simonsohn

Quellen:

1. Rede Luis Simonsohn, Santiago de Chile, vom 2.8.2011 zur Verlegung des Stolpersteins für Alfred Simonsohn vor der Breiten Straße 7 in Stendal, zur Verfügung gestellt von Pfarrer Dr. Eichenberg.

2. Schreiben Stadt Stendal, Herr Stadtinspektor Reinhold Behrends „Auflistung der Mietverhältnisse von Juden“ vom 13. Mai 1939 Anna Voigt betreffend: „Im Hause Adolf-Hitler-Straße 7 (arisch) wohnt bei der Geschäftsinhaberin Anna Voigt...“ Aus Stadtarchiv Stendal, Archivalien Nr. 703-07.
3. Aus 2 resultierende Befragungen der Betroffenen, Notiz Herr Stadtinspektor Reinhold Behrends: „... Fräulein Anna Voigt sagte mir „Simonsohn ist von Geburt an geistesschwach und in seinem ganzen Tun und Denken so kindisch. Ohne hinreichende Pflege kann er nicht sein ...“ Diese Notiz wurde für die Richtigkeit von Anna Voigt gegengezeichnet. Aus Stadtarchiv Stendal, Archivalien Nr. 703-07.
4. Schreiben der „Reichsvereinigung der Juden“ , Bezirksstelle Brandenburg-Pommern an Anna Voigt vom 18.01.1942, Original beim Stadtarchiv Stendal
5. Quellen: Stadtarchiv Stendal, Mail von Herrn Thomas Freier nach Recherchen im Landesarchiv Magdeburg an das Stadtarchiv, Frau Ina Nitzsche, vom 26.10.2018
6. Superintendentin i.R. Gertraud Zachhuber schreibt in ihrer Gedenkschrift für die Verlegung des Stolpersteins für Alfred Simonsohn am 2.8.2011: „Seit kurzen ist der Forschungsabteilung der Gedenkstätte Yad Vashem bekannt, dass alle aus Magdeburg im April 1942 in das Ghetto Warschau Deportierten schon im Juli 1942 in das Vernichtungslage Treblinka deportiert und dort ermordet worden ohne dass das in Namenslisten oder Todesurkunden festgehalten wurde.“ Es fehlt der endgültige Nachweis, wie es diesen zum Beispiel im KZ Auschwitz durch die Todeslisten gab.

Bildnachweise

Deckblatt:

1. Kanzleischild der ehemaligen Rechtsanwaltskanzlei Dr. Julius Charig, Karlstraße 2 in Stendal, mit freundlicher Genehmigung des Hauseigentümers Jörg Siersleben und der Fotografin Juna Grossmann.

Am Kapitel „Spuren jüdischen Lebens“:

2. Sogenannte Judenordnung von 1297.
 - a. Die Markgrafen Otto und Conrad geben eine Juden-Ordnung für Stendal. Hansestadt Stendal, Stadtarchiv Stendal; Urkunden I.031
3. Heutige Bierspünderstraße, 1567 Judenhof genannt. Foto aus 19...
Ansichtskarte zur Verfügung gestellt von Hartmut Holz.

Am Kapitel „Der jüdische Friedhof in Stendal“:

4. Portal des Jüdischen Friedhofs, angrenzend an den Städtischen Friedhof der Hansestadt Stendal, Position Nebeneingang Georgenstraße, Foto: Sylvia Gohsrich
5. Jüdischer Friedhof, Innenansicht, hier Grabstein für Louise und Georg Simonsohn. (Siehe auch Kapitel Alfred Simonsohn.), Foto: Sylvia Gohsrich

Am Kapitel „Arisierung“

6. Foto von der Betriebsfeier der Firma Gustav Dobrin mit freundlicher Genehmigung von Sigrid Moritz, deren Mutter Hildegard Hann sich auf dem Foto befindet, 4. Reihe, 5. v.l.
7. „In arischen Besitz übergegangen“, Notiz „Altmärker“ vom 1. Juni 1938, Stadtarchiv Stendal
8. Annonce der Firma Bergemann, „Altmärker“ vom 1. Juni 1938, Stadtarchiv Stendal

Am „Kapitel Edel und Pauline Kraskin“:

9. Grabstein von Edel Kraskin auf dem Jüdischen Friedhof zu Stendal. Foto: Sylvia Gohsrich

Am Kapitel „Boris und Gertrud Wolfowicz“:

10. Werbeartikel, Schminkspiegel der Firma Wolfowicz, Schenkung an das Stadtarchiv Stendal, Foto: Sylvia Gohsrich

Am Kapitel „Dr. Julius und Ilse Charig“

11. Foto von Dr. Julius Charig, Ausschnitt aus einem Foto der Familie Dänemark im Kreis von Freunden. Das Fotoalbum „Dänemark“ befindet sich heute im Holocaust Memorial Museum Washington.
12. Tafel im Foyer des Landgerichts zu Stendal, Foto: Sylvia Gohsrich, mit freundlicher Genehmigung durch das Landgericht Stendal.

Am Kapitel „Mathilde, Jacob und Wolfgang Dänemark“:

13. Der junge Jacob Dänemark. Das Fotoalbum „Dänemark“ befindet sich heute im Holocaust Memorial Museum Washington.
14. Familie Dänemark. V.l.n.r. Ida Adler, Mathilde, Wolfgang und Jacob Dänemark. Das Fotoalbum „Dänemark“ befindet sich heute im Holocaust Memorial Museum Washington.
15. Hauss Grabenstraße 4 (2020), Foto: Sylvia Gohsrich, mit freundlicher Genehmigung des Eigentümers Thomas Richter – Mendau.
16. Photo der Grabenstraße 4 um 1930. Das Fotoalbum „Dänemark“ befindet sich heute im Holocaust Memorial Museum Washington.

Am Kapitel „Alfred Simonsohn“

17. Stolperstein Alfred Simonsohn kurz vor der Verlegung am 03.08.2011, Foto: Holger Huth
18. Anna Voigt im Kreis der Familie, ca. 1930er Jahre, 3. v.l., mit freundlicher Genehmigung vom Großneffen Peter Schonert.